

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Götlich, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Antobstraße 49, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlstr. 3. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 501.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangierlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 cgl. Vierteljährlich. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Subskriptionsgebühr: die sechsgefaltete Zeitungsgebühr 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restanteil Seite 50 Pf. Post-Zettelschiff Seite 50 Pf.

Nr. 8.

Magdeburg, Donnerstag den 10. Januar 1907.

18. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten einschließlich des Romans „Arbeit“.

Ein Liberaler über den Liberalismus.

Wenn wir behaupten und beweisen, daß der Freisinn durch seine Eingliederung ins reaktionäre wahlrechtsfeindliche Kaffernkartell Volksverrat getrieben und den Liberalismus verleugnet habe, so hegen Freisinnige trotz aller Tatsachen noch gehörige Zweifel. Dem politischen Gegner wird nicht geglaubt.

Wir wollen deshalb einen Freisinnigen zu Worte kommen lassen und mitteilen, wie er über den Freisinn denkt. Es ist Theodor Barth, der Führer der Freisinnigen Vereinigung, der in der letzten Nummer seiner „Nation“ unter dem Titel „La journée des dupes; der Tag der Betrogenen, der Däpierten“ also schreibt:

„Fürst Bülow ist kein Richelieu, aber seine journée des dupes, seinen Tag der Betrogenen, möchte er doch auch haben, und er hat den 25. Januar, den Wahltag, dazu ausersuchen. Die Rolle der dupes, der politischen Einfallspinsel, aber hat er freudlich dem Freisinn zugedacht. Das Wahlmanifest, das der Reichskanzler dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie als Flugblatt schickte, bestätigt mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrigläßt, daß Fürst Bülow nicht im entferntesten daran denkt, jene reaktionären politischen Wege zu verlassen, die er seit Jahren mit dem Zentrum zusammen gewandert ist. Er wünscht nur, dem Zentrum eine Lektion bei den Wahlen zu erteilen, damit es sich später bequemer brauchen läßt. Es ist ihm un bequem geworden, von dem guten Willen des Zentrums abzuhängen. Er findet das „nicht unbedenklich“ und möchte deshalb eine Kombination schaffen, die es ihm ermöglicht, seine bisherige Politik mit einer zweiten Mehrheit ohne das Zentrum „von Fall zu Fall“ (de chute en chute? Von einem Sturz zum andern) weiter zu betreiben. Und zu der Verwirklichung dieses seines staatsmännischen Ideals sollen ihm die guten Freisinnigen behilflich sein.

Um sie günstig zu stimmen, beschwört er den Schatten Eugen Richter, und um auf die schreckhaften Gemüter Eindruck zu machen, erinnert er an den Degen Bonapartes. Daß Eugen Richter in einem kanzlerischen Manifest gegen ein Zentrum, das sich bei Kolonialforderungen widerpenstig erwieisen hat, als Kronzeuge aufgerufen wird, ist von ganz besonderer Ironie. Gerade in all den Fragen, die das Wahlmanifest als spezifisch nationale in den Vordergrund rückt, — Heeresfragen, Flottenfragen, Kolonialfragen — war Eugen Richter von einer Zutransparenz (Unberühmtheit), die weit über die des Zentrums hinausging. Ob er bei den Abstimmungen über den Nachtragset für Südwestafrika, wenn er gelebt hätte, auf Seite der Regierungsmehrheit gewesen wäre, ist mehr als bloß zweifelhaft. Es ist geradezu beleidigend für die Freisinnige Volkspartei, bei dem Versuch, sie zu Kamelucken der Bülow-Politik zu machen, an ihren verstorbenen Führer zu erinnern, der wie wenige andre gegen die Lockungen der nationalen Phrasen unempfindlich war. Wie niedrig muß Fürst Bülow den Freisinn einschätzen, wenn er es für denkbar hält, daß er in blinder Angst vor der Sozialdemokratie solchen plumpen Schmeicheleien zugänglich sei!

Wir von der Freisinnigen Vereinigung haben uns seit 1893 bei allen Armeen, Flotten- und Kolonialforderungen entgegenkommend bewiesen, weil wir mit den demokratischen Parteien aller Länder der Meinung gewesen sind, daß in größeren oder geringeren Aufwendungen für den Schutz des Landes nach außen hin kein Merkmal für die schwächere oder stärkere Betätigung der demokratischen Idee liegt. Um so nachdrücklicher können wir jetzt gegen die Zummutung des Fürsten Bülow protestieren, uns mit reaktionären Parteien vor seinen Wagen spannen zu lassen, damit er bequemer futschieren kann.

Auf uns ist die Bemerkung des Bülowischen Manifests von den Liberalen Köpfen, in denen die Idee herrsche, daß die Reaktion im Reiche von rechts drohe, ja wohl vornehmlich mit gemünzt. Wir akzeptieren diese Charakteristik gern; nur können wir nicht zugestehen, daß es sich dabei um einige wenige Köpfe handelt. Was im freisinnigen Lager überhaupt politisch denkt, ist heute mehr als je davon durchdrungen, daß die Reaktion nicht nur von rechts droht, sondern das deutsche Volk von rechts her umklammert hält, und daß sich Fürst Bülow zum geschmeidigen Exponenten dieser Reaktion gemacht hat. Man darf dem Fürsten Bülow Glauben schenken, wenn er behauptet, er sei bereit, mit jeder Partei zu arbeiten. Er

hat das ja bewiesen, als er keinen Augenblick Bedenken trug, mit dem Zentrum zu paktieren und ihm ein Zugeständnis nach dem andern zu machen. Diese Vorurteilslosigkeit wird es ihm auch erleichtern, mit dem Zentrum später abermals politische Geschäfte zu treiben.

Die kolonialpolitischen Differenzen sind nur vorübergehende Trübungen engster politischer Freundschaft. In dem Wahlmanifest ist schon von „nationalgefinnten Elementen im Zentrum“ die Rede. Es wird dem Reichskanzler nicht viel kosten, schon nach wenigen Monaten zu entdecken, daß alle Elemente des Zentrums national gefinnt sind. Er hat sich in seinem Manifest wohl gehütet, auch nur die geringste Andeutung zu machen, daß er gesonnen sei, in Zukunft eine Politik zu treiben, die den weitestgehenden klerikalen Ansprüchen nicht Genüge leisten könnte. Es soll genau so fortgewurstelt werden, wie es bisher in der an Mißerfolgen so reichen Politik des Fürsten Bülow geschehen ist.

Nichts deutet insbesondere darauf hin, daß er geneigt sei, dem Liberalismus auch nur die kleinste materielle Konzession zu machen. Für den Liberalismus hat er nur einige Worte wohlwollender Herablassung. Er mutet den Freisinnigen zu, sich mit den Konservativen, Antisemiten und Nationalliberalen im Wahlkampf zu verbündeln, damit ihnen der unschätzbare Vorzug zuteil werde, demnächst der alten Bülowischen Politik Handlangerdienste leisten zu können.

Sie sollen alles vergessen, was sie von den Agrariern, von den Mittelständlern, von den Antisemiten, von den geheimen Gegnern des allgemeinen Wahlrechts, von den Urhebern des Zolltarifs von 1902 und der Steuererhöhungen von 1906 trennt; sie sollen die Erinnerung an den heftigen Kampf gegen die konfessionelle Reaktion im Schulwesen und die Herrschsucht der engherzigen Eiferer in der Kirche aus ihrem Gedächtnis tilgen und mit den preussischen Junkern zur Wahlquadriga antreten! Kann man sich eine verächtlichere Herausforderung des Liberalismus denken? Würde sich der Freisinn des kompromittierenden Vertrauens des Fürsten Bülow würdig erweisen, so bedeutete das nichts anderes als das freiwillige Aufscheiden aus den Reihen des ernsthaften Liberalismus, als ein Uebertreten zum Feinde beim Beginn der Schlacht.

Durch das Wahlmanifest hat Fürst Bülow der Partei, die er in erster Linie bekämpfen will, nämlich der Sozialdemokratie, einen ganz besonderen Dienst geleistet. Die Sozialdemokratie freibt fortgesetzt mit der Behauptung, daß der Freisinn aufgehört habe, der Vertreter eines demokratischen Liberalismus zu sein. Daß er längst ein Glied der großen reaktionären Masse geworden sei, daß sein Programm nur aus leeren Worten bestehe, denen keine resolute Tat mehr wirklichen Inhalt verleibe. Der Brief des Fürsten Bülow an den Generalleutnant von Liebert gibt der Sozialdemokratie ein Recht, zu behaupten, daß Fürst Bülow über den Freisinn — mit Ausnahme von „einigen liberalen Köpfen“ — genau so denke wie sie, die Sozialdemokratie. Dies Manifest wirkt den Freisinnigen darauf zu allem Ueberflus auch noch einen Knüttel zwischen die Beine, der ihnen die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie erspart. Die härteste Waffe des entschiedenen Liberalismus gegen die Sozialdemokratie besteht in dem Nachweis, daß es eine Verleumdung ist, er sei fähig, mit den Konservativen, den Antisemiten und sonstigen Reaktionären zu teufeln, seine demokratische Gesinnung sei ein bloßer Ueberzieher, den man im Vorzimmer irgend eines höfischen Staatsmanns abzulegen sich leicht bereit finden lassen werde.

Wenn der Freisinn dazu fähig wäre, nach den Rezepten des Bülowischen Manifestes zu handeln, so hätte er seine Existenzberechtigung als eine wirklich liberale Partei verwirkt. Die Rundgebung des Fürsten Bülow ist somit geradezu eine Aufforderung an demokratisch gesinnte Liberale, sich weiter nach links zu wenden und Mitläufer der Sozialdemokratie zu werden. Ich hoffe, der Reichskanzler hat, ebenso wie er den Charakter des Freisinnigen verkennt, auch die Einsicht der sozialdemokratischen Mitläufer aspiranten unterschätzt. Andernfalls würde er zu seinen sonstigen großen Verdiensten um Vaterland auch noch das eines Zutreibers der Sozialdemokratie in Anspruch nehmen können.

Für die Freisinnigen aber erwacht jetzt mehr noch als vorher die Pflicht, durch ihr Verhalten im Wahlkampf jeden Zweifel darüber zu zerstreuen, daß sie des Vertrauens, das der Herr Reichskanzler in ihre Charakterlosigkeit und Dummsheit setzt, unwürdig sind. Ob

für sie bei den bevorstehenden Wahlen ein paar Mandate mehr oder weniger herauspringen, ist von ganz untergeordneter Bedeutung. Unendlich viel wichtiger ist es, daß sie als eine ehrenhafte politische Partei aus dem Wahlkampf hervorgehen. Der Wunsch des Fürsten Bülow, den 25. Januar zu einer journée des dupes zu machen, wird sich dann in einem andern Sinne erfüllen, als er gemeint war: er selbst wird der Däpierte sein.

So weit Theodor Barth, der Führer der Freisinnigen Vereinigung. Seine Hoffnung, daß die Freisinnige Volkspartei ihre Existenzberechtigung als eine „wirklich liberale Partei“ noch führen werde, war schon zerronnen, als noch die Druckerfahnen feucht war.

Ueberall sehen wir den Freisinn am Strange der Reaktion ziehen. Es macht ihm nichts mehr aus und es beschwert sein „liberales“ Gemüt nicht mehr, mit den Konserwativen, mit den Agrariern, mit den Mittelständlern, mit den Antisemiten, mit den Nationalliberalen, mit all den geheimen und offenen Gegnern des Reichstagswahlrechts unentwegt und voll und ganz zur Wahlquadriga anzutreten.

Beweis: Gogerswerda! Beweis: Breslau! Beweis: Magdeburg! Beweis: Duzende anderer Wahlkreise!

Wie viele Freisinnige mag es also noch geben, die auf die ernste Mahnung des Freisinnigen Theodor Barth noch Obacht geben? —

Aufhebung des Versammlungsrechts.

Der Deutsche Ostmarkenverein hat am Sonntag in Posen in einer öffentlichen Versammlung den Beschluß gefaßt, daß in öffentlichen Versammlungen nur in deutscher Sprache verhandelt, d. h. also, daß den polnisch sprechenden Staatsbürgern das Versammlungsrecht überhaupt genommen werden soll.

Die Akten der Gakattisten, die heute den Polen die preussischen und deutschen Grundrechte rauben, die ihnen selbst das natürlichste und heiligste Recht, den Gebrauch der Muttersprache, versagen, haben allerdings vor hundert Jahren sich beeilt, dem fremden Machthaber Napoleon durch demonstrativen Gebrauch der französischen Sprache für ihre Interessen zu gewinnen. Napoleon selbst aber hat von diesem Anerbieten der deutschen Junker, Bürger, Professoren keinen Gebrauch gemacht, er hat niemals einen Versuch unternommen, den von ihm unterworfenen Staaten die französische Sprache aufzudrängen. Sonst wäre vermutlich heute, wenn man den nationalen Eifer der preussischen Ostmärker als deutsche Gesinnung betrachten dürfte, die deutsche Sprache ausgestorben. Es ist aber kein Wunder, wenn unter solchen Umständen die Polen das herrschende preussische System und den Staat, der dieses System nicht überwinden hat, als ihren Todfeind betrachten und achten.

Was aber die polnischen Proletarier anlangt, so dürfen sie sich zwar ohne Kenntnis der deutschen Sprache für den preussischen Staat todsicheren lassen; sie dürfen den preussischen Junkern und den preussischen Unternehmern auf gut polnisch ihre Knochen zur Verfügung stellen, aber wenn sie gegen ihre Ausbeuter ihre Interessen durch gemeinsame Erörterungen wahrnehmen wollen, dann werden sie daran gehindert. Das Verbot der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen hat nämlich gar keine germanisierenden Aspirationen und noch weniger germanisierende Wirkungen, sondern es handelt sich um einen agrarischen und kapitalistischen Versuch, dauernd die polnischen Arbeiter als Lohndrücker gegen die deutschen Proletarier auszuspielen, sie der sozialistischen Agitation und Organisation zu entziehen, und, wenn es notwendig wird, sie als Streikbrecher gegen die deutschen Arbeiter zu verwenden.

Dem durch das Zwangsgebot des Gebrauchs der deutschen Sprache, werden die gebildeten und besitzenden Polen nicht in ihrer Bewegungsfreiheit gehennt, weil sie samt und sonders gut Deutsch verstehen. Dagegen werden die polnischen Proletarier, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, geradezu von der Möglichkeit ausgeschlossen, sich gleich den deutschen Kameraden wirtschaftlich und politisch gegen ihre Ausbeuter zusammenzuschließen. Durch das Verbot der polnischen Sprache würden die polnischen Proletarier willen- und wehrlose Werkzeuge ihrer polnischen und germanischen Ausbeuter bleiben, und die polnischen Arbeiter würden zwar nicht germanisiert, aber der Kuffsteg der deutschen Arbeiter, der Freiheitkampf der deutschen Proletarier würde gehemmt werden.

Diese hakattistische Forderung läuft nicht auf Germanisierung der polnischen, sondern auf Polonisierung der deutschen Arbeiter heraus, wenn man unter „Polonisierung“ den

ntederen Stand der Aufklärung, das geringere Selbstbewußtsein der noch im vollständigen Mann der Junker und der Kirche stehenden polnischen Arbeiter versteht. —

Needer-Umsturz.

Die Hamburger Needer haben soeben ihren Offizieren die sozialistische Lehre in den Kopf gehämert, daß weder das geleistete Maß kulturwürdiger Arbeit, noch die Schwere und Verantwortlichkeit des Berufs, noch Bildung und Charakter die Besitzlosen davor schützt, auf dieselbe Weise ausgebeutet und drangsalieren zu werden, wie das Proletariat der Handarbeit. Sie haben die in ihren Diensten befindlichen Kapitäne und Seeoffiziere gezwungen, aus ihrer Organisation auszuschneiden. Ein großer Teil der Offiziere hat sich dieser Forderung gefügt, ein anderer kämpft noch um das Koalitionsrecht. Nicht umsonst hat man Personen aus dem Militärkabinett in die Verwaltung der Needereien gebracht. Damit ist das persönliche Regiment der Ballin und Woermann gesichert, und zwei Großkapitäne haben die Macht, Hunderte von Männern, denen auf der See das Leben von Tausenden von Menschen anvertraut ist, ihrer staatsbürgerlichen Rechte zu berauben und unter das Joch der kapitalistischen Knute zu beugen. Diese „besseren“ Proletarier sind noch übler daran als die „gewöhnlichen“ Proletarier, weil das Bewußtsein der Solidarität und die Erkenntnis der kapitalistischen Bedingungen und ihrer Klassenlage in ihren Reihen noch wenig ausgebildet ist.

Aber die Needer haben nicht nur den Ehrgeiz, ihre eignen Angestellten, ihre Lohnarbeiter zu kultivieren, sondern das ganze deutsche Volk soll ihnen untertänig werden. Seitdem vollends der Reichstag die schamlosen Verträge ans Licht gebracht hat, durch die sich z. B. die Firma Woermann auf Kosten der deutschen Steuerzahler und unter Ausbeutung eines nationalen Krieges unmäßig bereichert hat, wünschen die Herren die unbehaglichen Volksvertreter aus dem Reichstag zu entfernen, und aus dem Parlament eine Handelskammer oder eine Börse zu gestalten.

Die Schande, daß es immer noch einige Abgeordnete gibt, die nicht für ihr eignes Interesse und für die eigne Tasche Politik treiben, soll endlich beseitigt werden; der Reichstag soll eine ständische Vertretung erhalten: d. h. die Kolonialschwindler, die weltpolitischen Freiberger, die Unternehmer und Spekulanten aller Art, wollen in eigner Sache künftig, unbelästigt durch konstitutionelle Aufsicht, Politik treiben können. Allenfalls gestattet man auch den Arbeitern ein paar jährliche Männer aus der Werkstätte oder der Kurpfunde als Stafage in den Reichstag zu entsenden, aber daß sie irgend einen Einfluß gewinnen dürften, soll ausgeschlossen sein.

Das ist der Sinn der täglich verschärften Angriffe, die die „Hamburger Nachrichten“ gegen das Reichstagswahlrecht richten. Keine Nummer lassen sie vorbegehen, ohne die Regierung zu dem hochverräterischen Verbrechen aufzureizen, dem deutschen Volke das einzige Recht gewaltsam zu rauben, das es noch besitzt. So schreibt neuerdings dieses Needer-Organ: Von allen Gesichtspunkten aus betrachtet also erweist sich das jetzige Wahlrecht als die Wurzel des Übels, an dem wir zu leiden haben. Gleichwohl begegnet man selbst auf Seiten gut national gesinnter Männer Ahseljuden, wenn nicht direkter Ablehnung, wenn man die Forderung des Wahlrechts als unabwiesliche Forderung der Zeit hinstellt. Der Grund liegt offenbar in der Furcht vor den Wassen. Man glaubt, daß es bei der Aenderung des Wahlrechts zu Aufständen, Erbstattaten oder dergl. kommen könnte. Mit solchen Vorurteilen müßte allerdings gerechnet werden, nachdem man die Sozialdemokratie seit nun bereits 17 Jahren ungehört hat anwachsen lassen. Aber wir fragen, ob es nicht besser wäre, diese Gefahr zu laufen, als das Reich ohne jeden ernstlichen Versuch erfolgreichen Widerstands demjenigen Schicksal entgegenzutreiben zu lassen, das unerschütterlich seiner harrt, wenn das jetzige Wahlrecht uneingeschränkt seine Wirkung weiter auszuüben vermag. Fürst Bismarck, der Urheber desselben, war bekanntlich der Ansicht, daß das deutsche Volk klug und stark genug sein würde, sich des Wahlrechts wieder zu entledigen, wenn sich die Schädlichkeit desselben herausgestellt hätte.

Das Sprachrohr der Needer und Scharfmacher brüllt nach Blut! Das deutsche Volk soll jüdisch-italienisch behandelt werden. Es wird von diesen Säuern der nationalen Ehre niedriger eingeschätzt als irgend eine andre Kulturaktion der Erde.

Das deutsche Volk hat daher am 25. Januar dafür zu sorgen, daß diese politischen Mordbrenner, diese schwarze Bande des Scharfmacherzarisismus kein Unheil anrichten können! —

Was vor dem Landtag kommt.

Zur großen Verblüffung der erlauchten, edlen und geehrten Herren von beiden Häusern des Landtags hat es der König nicht für notwendig gehalten, den Landtag, auf dessen „hingegebende und tatkräftige Unterstützung“ seine Regierung ruht, persönlich zu eröffnen, sondern er hat den Fürsten Bülow mit der Vollziehung dieser Zeremonie beauftragt.

Zu der Zeit, da der Landtag eröffnet wurde, war der Kaiser auf dem Wege zur Kaiserin des 1. Garde-(Alexander-)Regiments, dessen Offiziere eine Krähstafel veranfaßten. In dieser Frühstundstafel, nicht an der Eröffnung des Landtags, nahm der König teil. Seine „Alexandrin“ liebt er ja über alles, und von ihnen erwartet er, wie er in seiner berühmten „Alexandrinrede“ jagte, daß sie zu ihm stehen werden, wenn Berlin wieder einmal unheimlich werden sollte. Die „erlauchten, edlen und geehrten Herren“ stehen aber zum obersten Kriegsherrn in

keinem aktiv militärischen Verhältnis, und würden wahrscheinlich davonlaufen, wenn der vom Kaiser vorgesehene Fall eintreten sollte. Kein Wunder also, daß der Kaiser den schneidigen Junkerföhnen im besten Mod den Vorrang gibt vor den etwas ramponierten Junkerföhren, die im preussischen Abgeordnetenhaus die Rolle von sogenannten Volksvertretern spielen.

Auch Herr v. Studt war „in dieser ersten Zeit bei der Eröffnung des Landtags nicht zugegen, sondern weilte in Breslau, wo er dem Erzbischof Popp — dem „infantilen Jesuiten“, würde Herr v. Kröcher sagen — zu seinem Bischofsjubiläum im Auftrag des Kaisers gratulierte. Also nicht bloß das erste Garderegiment, sondern auch der Breslauer Erzbischof kommt in der preussischen Rangliste vor dem Landtag zu stehen. Und das ist ganz richtig so, denn wir müßten kein Ding in Preußen, das hinter diesem Landtag zu rangieren verdiente! —

Geht einen Pfennig!

Geht einen Pfennig!

Auf den Bahnhöfen und andern öffentlichen Verkehrsstellen befinden sich seit Jahren Sammelbüchsen, die auf weißem Grunde im roten Kreuz einen kupfernen Pfennig zeigen. An der Seite ist zu lesen: „Geht!“ Vorn ist als Firma „Volkswagenheilstätten“ aufgemalt und darunter der Reim: Kraft und Gesundheit den Menschen zu retten, Geht einen Pfennig den Volkshelstätten. Pfennigweise bettelt man beim Volke zusammen die Mittel zur

Bekämpfung der Lungenschwindsucht.

Unzählige Kranke könnten Jahr für Jahr dem Tode entrissen werden, wenn es Volkshelstätten in genügender Anzahl gäbe. Mit 100 Millionen ließen sich schon große Erfolge erzielen. Aber das Deutsche Reich gibt keinen Pfennig, um Kraft und Gesundheit den Menschen zu retten; es vergendet Milliarden Mark, um Kraft und Gesundheit der Menschen zu zerstören. Geht 600 Millionen Mark für Regierungden befehlt die nationale Ehre! Geht einen Pfennig für Volkshelstätten befehlt dieselbe nationale Ehre! Die Vaterlandslose und ehrlose Sozialdemokratie aber ruft den deutschen Wählern zu:

Geht keinen Pfennig zur Ausrottung der Menschen! Geht 600 Millionen Mark für Volkshelstätten!

Wahlthronrede.

Die Regierungsbotschaft, mit der am Dienstag die erlauchten, edlen und geehrten Herren von beiden Häusern des preussischen Landtags begrüßt wurden, bezweckt die durch die Teuerung der Lebensmittel schwer betroffenen Beamten einigermaßen in eine Stimmung zu versetzen, in der sie die erhabene nationale Aufgabe der Gottentottenausrottung nicht über dem eignen Glend bergäßen.

Nachdem die günstige Finanzlage des Staates erwähnt, heißt es wörtlich:

„Gehaltsaufbesserungen sind für mehrere Klassen von mittleren und unteren Beamten des Außendienstes vorgesehen, bei welchen die an ihre dienstliche Tätigkeit und Verantwortlichkeit zu stellenden höheren Anforderungen eine Steigerung der Gehaltsätze besonders dringlich machen. Die geringst bezahlten Unterbeamten sollen erhöhte einmalige und außerordentliche Unterstützungen erhalten, auch werden zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und gering besoldeten Beamten wie in den Vorjahren besondere Mittel von Ihnen erbeten werden.“

Die Verabschiedung der Reichs-Militärpensionsgesetze vom 31. Mai 1906 läßt gewisse Abänderungen der Zivilpensionsgesetze erforderlich erscheinen und gibt erwünschtem Anlaß zu einer entsprechenden Aufbesserung der den pensionierten Beamten und den Hinterbliebenen bezahlten Pensionen und der Hinterbliebenen bezahlten Pensionen zu gewährenden Bezüge. Die hierzu bestimmten Gegenstände sind in der Ausarbeitung begriffen.“

Während man in früheren Jahren sich immer aufs neue über den „Anflug“ der Beamtenpetition aufgeregt hat, und Konervative und Regierung gemeinsam erklärten, daß nur endlich die Begehrlichkeit der Beamten aufgehört müsse, will man diesmal das Füllhorn der Staatsmittel ein ganz klein wenig ausschütten. Interessant aber ist, daß man nur den Beamten im Außendienst Gehaltserhöhung gewährt hat, d. h. gerade denjenigen Kategorien, die namentlich auf dem Lande für unaufgeklärte Wähler noch Respektspersonen sind. Durch die plötzliche Gehaltsaufbesserung will man ihren Eifer als nationale Wahlmacher beflügeln. Förster, Grenz- und Steueraufseher, Scharführer und Gendarmen, obere und mittlere Bezirksbeamte, 39 200 Beamte der Eisenbahnverwaltung, die Bahnhofsverwalter, Bahnhofsbeamte, Lokomotiv- und Zugführer,

Weichensteller 1. Klasse, sind die Wegnaberen. Dafür soll im ganzen 14 Millionen aufgewandt werden.

Das nennt der Bericht zum preussischen Etat eine „sehr hohe“ Belastung des Staatshaushalts. Derselbe Etat fürdet 14 Millionen Gehaltsaufbesserung für 10 000 schlesische bezahlter Beamten eine sehr hohe Belastung, der für Kammergehälter in den Ostmarken 1/2 Milliarde vergebend hat. Gerade die am schlechtesten bezahlten Unterbeamten aber bekommen keine Gehaltsaufbesserung. Ganze 3 Millionen sind ausgeworfen, um dem Heer der Unterbeamten Teuerungszulagen für den Augenblick zu gewähren. Ihre Löhne soll wenigstens für den Monat Januar, solange die Wahlgefahr droht, ermuntert werden. Bei dieser Summe ist es klar, daß nur ein winziger Bruchteil von den Mehrausgaben den proletarischen Beamten zurückerstattet wird, die derselbe Staat ihnen zugunsten der Junker aufgezogen hat.

Auch die Pensionäre erhalten eine kleine Verbesserung. Für Hinterbliebene der Beamten wird ein Mehraufwand von 1 250 000 gefordert.

„In erster Zeit nimmt der Landtag seine Arbeiten wieder auf.“ So schließt die Votschaft, aber die Staatsregierung, die mit dieser Wendung auf die in der Tat sehr ernsten Reichstagswahlen anspielt, vertraut um so unerschütterlicher darauf, daß das Dreiklassenparlament die Regierung wie bisher eine hingegebende und tatkräftige Unterstützung zuteil werden lassen werde. Dasselbe Parlament in dem die einzige Opposition aus dem Häuslein besteht, das im Reiche zum gemeinsamen nationalen Kampfe gegen die Sozialdemokraten und Zentrum aufgerufen wird. Man hätte doch wahrlich in Preußen auch dem braven, politisch ausgehängerten Freisinn irgend eine politische Teuerungszulage versprechen sollen. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 9. Januar 1907.

Landtagseröffnung.

Lokal wie immer eröffnete der preussische Landtag am Dienstag seine neue Session mit Hochrufen auf den König. Das Herrenhaus, ein Meister in der Arbeitsbeschränkung, wählte seinen Präsidenten, den Fürsten zu Inn- und Pfuldenhausen, wieder. Im Abgeordnetenhaus fungierte Junker Kröcher provisorisch. Erst am Freitag wird er seine neuen Weihen erhalten.

Dafür nahm das Abgeordnetenhaus die übliche Etaterede des Finanzministers Frhr. v. Rheinbaben entgegen. Der geschwiegelte Herr im tabellosen Rod hielt sich nicht damit auf, Rezipienten zu öffnen. Er gab eine nüchternen zahlenmäßige Darstellung der Finanzertragnisse Preußens. Sie sind dem wirtschaftlichen Aufschwung entsprechend glänzend. Herr v. Rheinbaben befehle nicht, diesen wirtschaftlichen Aufschwung, der sich in der ganzen Welt zeigt, für das Deutsche Reich zurückzuführen auf die Brot-, Fleisch- und Zolllucherpolitik, die die herrschenden Mächte mit Eifer betreiben. Die Stärkung des inneren Marktes soll der Industrie zugute gekommen sein, die keinen forcierten Export zu betreiben notwendig gehabt hätte. Gar wie der neue Landwirtschaftsminister Arnim-Grienen kurz vor Auflösung des Reichstags, versicherte auch Rheinbaben, daß an einer Aenderung des Zollsystems, besonders aber auch an einer Oeffnung der Grenzen für den Vieh- und Fleischtransport nicht zu denken sei.

Zimmerhin müssen sich die Herren von dieser Wahlparade nicht allzuviel versprechen. Sie greifen zu kleinen Mitteln, um die Stimmung im Lande zu verbessern. Die wachsende Unzufriedenheit der schlecht bezahlten Unterbeamten, deren Ausbruch man bei dem geheimen Reichstagswahlrecht zu befürchten hat, soll durch Gehaltserhöhungen beschwichtigt werden. Freilich, nicht alle Beamten werden der Erhöhung teilhaftig. Gerade die am schlechtesten bezahlten bekommen nichts. Sie sollen weiter warten und sich mit drei Millionen begnügen, die zur Verringerung der schlimmsten Härten in den Zeiten der allgemeinen Teuerung für sie bereit gestellt sind.

So sagte Herr v. Rheinbaben und erkannte damit die volkswirtschaftlichen Schädigungen der Brotzölle und Grenzschranken wenigstens indirekt an. „Geholfen“ soll zunächst den Beamten des Außendienstes werden, den Beamten der Eisenbahn vom Weichensteller erster Klasse an aufwärts, den Förstern, den Schulreuten und Gendarmen. Ihr Anfangsgehalt soll von 1200 auf 1400, ihr Höchstgehalt von 1600 auf 1900 Mark gebracht werden. Sind sie doch, wie Herr v. Rheinbaben jagte, die Vertreter der Staatsautorität, und wird doch ihre Aufgabe in den Industriegegenden immer ernster. Außerdem ist eine Aufbesserung der Pensionen und die Gewährung freier Dienstreise in Aussicht genommen.

Herr v. Rheinbaben schloß mit einem Loblied auf die wirtschaftliche Entwicklung Preußens. Die Gesamtsumme aller in Preußen verkehrten Einkommen beträgt jetzt 10% Milliarden. Zwar sieht er Wolken am rosigem Horizont; die Geldknappheit wird ihm nicht gefallen; aber er glaubt kaum, daß die Krisis schon in diesem Jahre hereinbrechen wird. Und wenn sie kommt, dann glaubt er, daß die Synbistrate, deren eifrigster Lobredner er ist, sie mildern werden.

Der preussische Etat für 1907 beträgt über 3 1/2 Milliarden. Mit seiner Verlesung wird das Abgeordnetenhaus am Freitag beginnen und die Generaldebatte vielleicht schon am Sonnabend zu Ende führen. Dann will sich das Haus vertagen. Die Herren müssen als Wahlagenten hinaus, um dem Volke Gaudium in die Augen zu streuen.

Aber das Volksgericht des allgemeinen Wahlrechts wird auf sie treffen! —

Aus der Parteibewegung.

S. Totenliste der Partei. In Jülich wurde am 2. Januar, 3 eine Genosse zu Grabe getragen, der es verdient, auch außerhalb des Schweizerlandes genannt zu werden: August Merk. Merk ist der schweizerischen Arbeitersekretariats, ist im 64. Lebensjahre gestorben. Mit ihm verliert die organisierte Arbeiterbewegung nur einen seltenen Organisator, sondern zugleich einen unermüdlichen Kampfesgenossen, der bis zum letzten Atemzug mit unerschütterlicher Treue und seltenem Eifer an der Sache des Proletariats mitwirkte. Er war, wie Genosse Grentlich in seiner Grabrede ausführte, eine der bedeutendsten Intelligenzen, die aus der schweizerischen Arbeiterbewegung hervorgegangen sind. Während 18 Jahren war er Adjunkt am schweizerischen Arbeitersekretariat und hat besonders in dieser Zeit seine ganze Intelligenz durch seinen besonderen Tiefblick der Gewerkschaftsbewegung wie der Partei nutzbar gemacht. Er verstand es, kraft seiner Fähigkeiten, aus dem kümmerlichsten Material etwas Nützliches für die Bewegung zu schaffen, und seiner Feder entströmten auch die meisten neuen Daten über das schweizerische Gewerkschaftswejen. Schon in den 80er Jahren war er Mitglied des Bundeskomitees des Gewerkschaftsbundes, und hier entwickelte er schon damals sein bewundernswertes Genie als Organisator. Die un-

Die Frauen und die Wahlbewegung.

Mit welcher Begeisterung und mit welchem Opfermut proletarische Frauen in die Wahlbewegung eingreifen, kann man jetzt fast in jedem Orte beobachten. In Wort und Schrift kämpfen Arbeiterfrauen für die Sozialdemokratie und damit zugleich für Frauenrechte, insbesondere für das Wahlrecht der Frauen, das ihnen eine rückständige Gesetzgebung noch vorenthält. Auch im Lager der bürgerlichen Frauen gibt es eine Bewegung, die auf die Einführung des Frauenstimmrechts, oder wohl richtiger eines Damenstimmenrechts gerichtet ist. Nicht wie die Arbeiterfrauen stellen sich diese Damen auf Seiten der Partei, die allein das Stimmrecht für die Frauen fordert, für die diese Forderung auch nicht nur eine schöne Nummer im Programm ist, sondern die Damen wollen an die Kandidaten aller Parteien briefliche Anfragen richten, wie sie sich zum Frauenstimmrecht stellen. Das erpart den Frauen die kompromittierliche Gesellschaft mit den verhassten Notizen, aber es nützt ihnen auch rein gar nichts.

Das bündlerische Blatt, die „Deutsche Tageszeitung“, quittierte über die Bestrebungen von Elsa Lüders und Erna Wundhaus in echt agrarisch-bornehmer Weise, trotzdem sich diese Frauenrechtlerinnen auf einen Ausspruch des „eisernen“ Kanzlers bezogen. Das Blatt für den Brot- und Fleischwucher schreibt:

„Elsa und Erna mit ihrem Anhang sehnen offenbar die Zeit herbei, wo der Mann im Schmutz der Schürze an Herd und Wiege steht, während die Frau mit der Axt unter dem Arm die öffentlichen Angelegenheiten betreten geht. Sie sollten sich doch warnen lassen durch das Geschick ihrer englischen „Partei Freundinnen“. Im altehrwürdigen gotischen Saal des britischen Parlaments erlebte man bekanntlich vor einiger Zeit noch nie Dagewesenes: Damen von energischem Aussehen beantragten in und vor den geweihten Hallen Konzesse zugunsten des Frauenstimmrechts, die in keiner Note die Bekanntheit mit Beethoven oder gar dem sanftgestimmten Mozart aufwiesen. Und als die Diener der öffentlichen Gewalt dem Kriegszug der Platzhirsche ein Ende machen wollten, da wurden die Damen zu Hyänen, und manch zarter Finger grub ungarische Spuren in weiche Wangergesichter. Der Richter aber war verblendet genug, die Tapferkeit dieser Tapferen durch Judifizierung einiger Gast an den Aufenthalt zwischen vier Wänden gewöhnen zu wollen: und einer der vereinsamten Gatten schaltete darauf in die Klasse der Wahlbewegung 200 Mark für jeden Tag, der ihm die hohle Lebensgefährtin entzog; wobei allerdings unentschieden ist, ob er der Bewegung im allgemeinen oder nur der Abwesenheit der eignen Gattin einen so hohen Wert beimmaß. So haben die Engländer, die ihren Frauen im allgemeinen eine so freie Bewegung im Leben gestatten, diese Vorläufer neuen „Ritterrechts“ behandelt, wobei der Begriff „Mutter“ freilich auf die häuslichen Verhältnisse nicht mehr zutrifft. Genügt dieser Hinweis nicht, so mögen Erna und Elsa bei Goethe und Schiller und besser auch noch bei dem weniger zart sich ausdrückenden Aristophanes über die Stellung der Frau im Leben sich unterrichten.“

Diese Sprache darf bei einem Blatte, bei dem die Frau erst bei der Baronin anfängt, während alle andern als „Weiber“ bezeichnet werden, nicht wundernehmen. Damit soll aber nicht gesagt werden, daß die andern bürgerlichen Parteien über das Wahlrecht der Frauen, oder auch nur über ihre Betätigung im öffentlichen Leben eine andre, bessere Ansicht hätten, nein, aber sie sind nicht so offenherzig wie die Schreiber vom Bunde der Landwirte. In ihres Herzens stiller Klause lächeln sie über die „überpannten“ Weiber, die lieber Strümpfe stopfen wollen, und verhalten sich den Frauenforderungen gegenüber mindestens passiv.

In vollem Gegensatz hierzu steht die Arbeiterpartei. Zu einer Zeit, als von einer bürgerlichen Frauenbewegung in Deutschland kaum die Rede war, hat Rebel in seinem Buche „Die Frau und der Sozialismus“ auf die unwürdige Stellung der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft hingewiesen und die Anschauungen der Sozialdemokratie über das große Problem der Frauenfrage klargelegt. Seit dieser Zeit ist die Sozialdemokratie nicht müde geworden für die Frauen zu wirken in Reich, Staat und Gemeinde. Wenn dieses Wirken von so geringem Erfolg begleitet war, wenn die Frauen von der Verwaltung in den Kommunen noch fast ganz ausgeschlossen sind, wenn wenige Frauen noch in der Gewerbeinspektion angestellt sind, so ist das nicht dem mangelnden Eifer unserer Partei, sondern dem Widerstand der Gegner zuzuschreiben, die der Betätigung der Frauen mit fanatischem Haß begegnen. Die Frauen der Arbeiter erkennen dies und arbeiten deshalb zu Wahlzeiten mit besonderem Eifer an der Ausbreitung des sozialdemokratischen Gedankens. Der Sieg der Sozialdemokratie ist auch der Sieg der Frauen über vielhundertjährige Vorurteile, über tausendjährige Knechtschaft. —

Der Dank an die göttliche Vorsehung.

Das Zentrumblatt in Lechhausen (Bayern) dankt in seinem Neujahrskartikel „im Namen aller gläubigen Katholiken“ der göttlichen Vorsehung für die hohen Weisheitspreise, die im Interesse und zum Vorteil der gläubigen Katholiken (lies Großbauern) noch recht lange anhalten möchten. — Dabei gehören 90 Prozent der Einwohnerchaft der Industrie an, die im Namen Gottes verpöblich werden.

Wer schimpft?

Zu dem eisernen Bestande des geistigen Rüstzeugs unserer Gegner im gegenwärtigen Wahlkampf gehört die dumme Behauptung, daß die Sozialdemokratie nur im Schimpfen Großes leiste, wobei dann zum Beweise auf Dresden und einige polemische Entgleisungen hingewiesen wird. Daß auch die Gegner das Schimpfen verstehen, ja, daß sie uns in dieser Beziehung weit über sich, das hat dieser Tage der Genosse Bauer in Hannover, der im Wahlkreise Lachow-Welzen kandidiert, erfahren. Aus einem Orte dieses Kreises, Bevensen, erhielt er ein Schreiben folgenden Inhalts:

„Kommen Sie schmieriger Hauswurst nur nach Bevensen, dann werden wir Ihnen schon die Antwort auf Ihr Flugblatt geben, wir schlagen Ihnen Ihre gemeine Saufresse zu Appeln und Ihren roten Genossen schlagen wir die Nase blau. — Prost Neujahr, Du alter Lügenhannes.“

Verschiedene Bauern aus der Bevenser Gegend.

Gleichzeitig mit dem Schreiben erhielt Genosse B. das verbreitete Flugblatt zurück. In den dazu gemachten Randglossen werden die sozialdemokratischen Abgeordneten als „Lumpenhunde“, der Genosse Bauer als „Hauptlumpenhund der Landesvertreter“ bezeichnet. Dann heißt es weiter:

„Ihr Großmänner müßt alle aufgehängt werden, immer hundert an einem Galgen, damit es besser schaffet. Ihr Spitzbuben, Faulenzer, Salunkubande, denkt wohl, Ihr Könn allein schimpfen; die Bürger werden Euch diesmal das Fell verfohlen. Ihr Müddleher, Ihr Schafsköpfe, daß andre Länder dreimal soviel Schulden als Deutschland, wißt Ihr nicht, dazu seid Ihr zu dämlich. Nieder mit den faulen Arbeitern, die ihr Geld für Faulenzen haben wollen, gleich auf die verdammten Köpfe schlagen, wir wollen doch mal sehen, ob wir nicht den größten Knüttel haben, dann halt Euch ganze Kasselbände der Denkel.“

Eine laubere Gesellschaft, die ohne den geringsten Anlaß der ordinärsten Schimpferei sich schuldig macht und noch obendrein zu feig ist, mit ihrem Namen dafür einzutreten! Was sagen die Herren Kobelt, Reinemund, Löper und Starz denn dazu? —

Wahlkreis Magdeburg.

Die Rühmlichen vor den Kulissen.

Am Dienstag abend wurde der Kommunalrat, der künstlich gemachte Kandidat oder Automat der bürgerlichen Parteien Magdeburgs, einem verehrten Publikum vorgestellt, um seine Künste zu zeigen und den Mechanismus spielen zu lassen. Es war einfach großartig, ein schaurig-schönes Schauspiel, wie es in Deutschland bei dieser Wahl, dessen sind wir gewiß, nur einmal, nämlich in Magdeburg, in „unserm“ guten, alten, treuen Magdeburg aufgeführt werden wird. Man war im Zweifel, ob man lachen oder weinen sollte. Sachen über das Stück aus dem politischen Tollhause, das hier mit erstem Niemen gegeben wurde, oder weinen über den Niedergang eines Bürgerturns, das wirtschaftlich auf der Höhe der Zeit steht, während es politisch noch die Windeln näht. Oder ist es schon die Impotenz des Alters, der greisenhafte vorzeitige Verfall aller Kräfte, besonders der Kräfte des Geistes, den wir hier vor uns sehen? Wie dem auch sei, die Kandidatur Kobelt ist die Dankerklärung jeder selbständigen bürgerlichen Parteipolitik, sie ist ein Appell an alles was rückständig, klein und erbärmlich ist, sie markiert die Flucht des Magdeburger Bürgerturns unter den Schutz der Bajonette, unter die Fuchtel des preussischen Korporalstocks aus Furcht vor der Sozialdemokratie.

Doch nun zu der Komödie im „Schwarzen Adler“. Zahlreich waren sie herbeigeströmt, die Scharen der Neugierigen, die den neuen Stern am politischen Himmel Magdeburgs sehen wollten. Der 400 Personen fassende Saal war im Nu gefüllt, als man die Türen des „Theaters“ erst kurz vor 8 Uhr öffnete. Gleich nach 8 Uhr ging der Vorhang einer kleinen Viehhäberbühne in die Höhe und den stammenden Augen bot sich der Anblick einer Anzahl meist wohlbeleideter Männer, die auf der Bühne herumstuhren wie Schauspieler, die beim Aktluß vor dem Vorhang zu stehen kommen, und nun zum Gaudium des Publikums nicht wissen: wohin? Dieses Gebaren der Männer auf den weltbedeutenden Brettern erzeugte sichtlich eine unlige Stimmung unter den vielen Anwesenden, so daß es höchste Zeit war, als der Vorsitzende, Fabrikant und Stadtverordneter Bartels, ein Glückchen mit fadensümmiger Stimme ertönen ließ und den Beginn der Vorstellung ankündigte.

Als guter Entrepreneur hielt er eine Ansprache, die dem Publikum die kommenden Dinge erläuterte und die Moral von der Gesichts im voraus verkündete: Magdeburg müsse der Sozialdemokratie entziehen werden, die Ehre der Nation stehe in Frage; wie das Bündel der römischen Viktoren aus Stäben bestand, die einzeln leicht zerbrechen, aber zusammengebunden unzerbrechlich waren, so habe das Magdeburger Bürgerturn, haben alle, alle, die auf dem Boden des vaterländischen Dankens stehen, sich vereinigt, um der Sozialdemokratie als unzerbrechliches Hindernis entgegenzutreten. Die Ansprache endet nach einem geschichtlichen Rückblick auf das alte Deutsche Reich, in dem der Kaiser herrschte, aber nicht regierte, und das darum zusammenstürzte, in einem Hoch auf den Kaiser, bei dem sich alle Anwesenden erhoben, teils aus Begeisterung, teils weil sie nicht wegen Majestätsbeleidigung mit dem Gefängnis Bekanntheit machen wollten.

Die Erläuterungen des Vorsitzenden mußten aber noch nicht zur Zufriedenheit des Herrn Geheimrats Mackensen, Vorsitzenden des

Reichstagenverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie, ausgefallen sein, denn auch er erhebt sich, um in der Pose und mit der Stimme des Feldenwatters abermals die Sozialdemokratie zu zerfemtern und nebenbei die Kandidatur Kobelt zu empfehlen.

Und dann kam Er, der schlichte Mann aus der Wurstküche, und sprach oder las oder tat auch beides. Sein erster Fluch galt den Sozialdemokraten, die seine Kandidatur so selbst in einem gewissen Blatte begriffen hätten, das schade aber nichts. Ein Programm sollte man von ihm nicht verlangen, wenigstens kein lauges, nur ein ganz kleines, kurzes, denn er werde ja noch Gelegenheit haben, seinen Wählern näher zu treten, und ihnen seinen Standpunkt zu erläutern. Freilich, er sei Kompromißkandidat, und allen Menschen recht getan, sei eine Kunst, die niemand kann. (Wahrscheinlich ein Spruch im Hausflur des Kobeltischen Hauses. Bisher haben wir ihn stets gehört, wenn Kobelt eine Rede hielt. D. W.) Für des Reiches Macht und Ehre trete er ein. Die Kolonien müssen wir behalten, geben wir sie auf, so handeln wir wie ein Kaufmann, der eine Filiale aufgibt, die sich nicht rentiert und der dadurch an Kredit und Ansehen einbüßt. Aber die Kolonien sind auch notwendig. 1855 ernährte auf der Fläche des jetzigen Deutschlands ein Bauer je einen Städter, jetzt aber können auf einen Bauer fünf Städter. Wenn das so weiter geht, muß eine Ueberbevölkerung eintreten — so um 1925 herum —, die den Ueberfluß zur Auswanderung zwingt, und da seien nun unsere Kolonien die gewiesenen Länder hierfür. Der Mittelstand hat keinen goldenen Spiegeiboden mehr, daran ist die Sozialdemokratie schuld, die auf die Verstärkung des Mittelstandes hinarbeitet, um die Trümmer in ihren Reichen aufzunehmen. Die Großindustrie sei auch „etwas schuld“ an diesem Rückgang, aber er wolle der Großindustrie keinen Vorwurf machen (sie soll ja doch die Kandidatur Kobelt „finanzieren“, D. W.), sie sei notwendig, arbeite mit großem Kapital, könne Erschütterungen leichter aushalten, wie der Mittelstand und ernähre viele Arbeiter. (Siehe Nr. 7 der „Volksstimme“, Wahlpost: „In der Maschinenfabrikverammlung“.) Gegen die Arbeiter habe er nichts, auch nichts gegen die Sozialdemokraten, nur gegen die Führer, die als Parteisekretäre, Redakteure sich ein leichtes Leben verschaffen, richte sich sein Groll. Er sei für freies Koalitions- und Versammlungsrecht, denn er wisse wie schwer es sei, den Kampf ums Dasein zu führen. Er habe sich selbst herauf gearbeitet, darum:

Was du ererbt von deinen Vätern hast, Erbt es, um es zu — behalten.

(Das war nun vom Abreißkalender etwas falsch zitiert, denn es heißt — besitzen, aber ein guter Bürger will nicht nur besitzen, er will den Besitz auch behalten, nur die Ware, die für den Verkauf bestimmt ist, wäre davon ausgeschlossen. D. W.) Nachdem er noch einmal betont hatte, daß er nur nationale Politik, ohne Parteizwang treiben wolle, schloß er mit dem schönen Spruch:

Unter den Füßen das Feste,
Im Auge das Beste.

Mäßig starker Beifall dankte dem Redner für seine 15 Minuten lange Mühewaltung.

Herr Kobelt spricht sehr ausdrucksvoll. Die Stimme ist voll und kräftig und wohl imstande, auf dem Viehhof Hundert Köpfe zu überdeuten. Bei doppelt unterstrichenen Stellen im Manuskript schwoll sie zu edlem Pathos an und der rechte Arm macht wirkungsvolle Gesten. Man darf jetzt schon ohne Uebertriebung sagen, daß er eine Fierde des deutschen Reichstags würde, wenn er gewählt würde, und wenn ihm Herr Geheimrat Mackensen weiter die Reden ausarbeitet. Denn wie Herr Mackensen das Wortwort gesprochen hatte, so sprach er nun den Schluß der Rede, seiner Rede. Dieser natürliche, echte, kernige Naturton sei geradezu erschreckend, das sei unser Mann, er fordere die Anwesenden zu einem Hoch auf Kobelt auf. (Geschicht.)

Herr Braumann, der ein „leichtes Leben“ bei den Nationalliberalen als Parteisekretär hat, sprach etwas von Opfern, die die einzelnen Parteien bringen müssen und markierte sich über den Ton unserer Flugblätter. Trotz seiner glatten Rede fand er kein Echo in der Versammlung. Es drehten dann noch Justizrat Schenk, Stadtverordneter Raßbach, Braumann, Schirp, Kobelt und Mackensen den nationalen Leierkasten. Die drei letzten, nachdem der Vorsitzende schon den Schluß der Versammlung verkündet hatte. Zu seiner letzten Ansprache zeigte sich der Kandidat auf der vollen Höhe seines Könnens. Er dankte für den Applaus, den er erhalten, für die herrlichen Worte, die ihm alle Redner gesendet hatten, und versicherte ein dutzendmal, daß man es heute sehr schwer, schwerer, am schwersten habe, um sich über Wasser zu halten. Dabei schüttelte er beide Fäuste gegen das ganz erklaunte Publikum. Es hatte ihm doch nichts getan! Eine Stunde und 10 Minuten, nachdem die Versammlung begonnen hatte, war sie schon beendet. Herr Bebler sprach nicht. Von den „Königlichen“ Kaufleuten und Großindustriellen konservativen und nationalliberalen Bekanntheits war niemand erschienen. Sie hatten vielleicht Mitleid mit dem Manne, dem sie foppen die Traube des Reichstagsmandats hinstellten, die ihnen längst so fauer ist, vielleicht auch hielt sie so etwas wie Scham davon ab, Zeuge zu sein, wie man mit einem kleinen Bürger Schindluder treibt. Wer weiß es! —

Das Kobelt-Theater.

mit Mackensen als Regisseur, wird am Freitag seine zweite Vorstellung geben. Diesmal im „Eiskeller“ in der Sudenburg. Das lustige Trauerspiel oder die traurige Komödie, wie man es gerade bezeichnen will, soll also in allen Vororten und danach in der Altstadt gespielt werden. Wann wird denn der schlichte Mann aus der Wurstküche zum Gesagten seines großen Programms kommen, wenn er so weiter fortfährt? In dieser Woche haben die Budauer und die Sudenburger das Vergnügen, sein kleines Programm zu hören, die nächste Woche folgt die Alte und die Neue

habt, und wenn dann die Wahl an die Reihe kommt, ist die Wahl-
woche da. Braucht Herr Madensen jodeln Zeit zum Aus-
arbeiten oder Herr Robert zum Auswendiglernen des „großen
Programms“? Schließlich lernt man es vor der Wahl überhaupt
nicht mehr kennen, was doch sehr bedauerlich wäre.

Auch zu der Sudenburger Versammlung sind nur die Anhänger
der „haushaltenden Parteien“ eingeladen. Unsere Genossen
werden daher gebeten, die Aufforderung des Wahlkomitees zu be-
herzigen. —

Zu Baden.

Verkäufer: Sie wünschen? Genen Dogenbild, bittel (zu
die Wurstküche rufend:) Drei Reichsverband! Eine Malle Frei-
sinn und Knobländer Anti! (zu der Kundin:) Det Schächst
jeht jrotartig. Wir werden schon janz uffjeblassen.

Erste Kundin: Det macht, dat Sie jeht ordentliche Lappen
abfchneiden. For zehn Fenneje hat man jeht doch ooch wat.

Verkäufer: Sie hab'n janz sentrecht, Frau Mehern. Ja,
uns kommt dat jeht nich druuff an. Immer runter mit die Fehen.
Von wejen Stod un Dejen am Fünfundzwanzigsten. Hier, Kind,
for zehn Fenneje Nationalliberal. Dande scheen. Komme bald
widder un juch Deinem Vater ooch scheen! (Das Kind verläßt
den Laden.)

Erste Kundin: Wat hab'n Sie denn dem Jöhr in de
Hand jekochen? Det sah ja janz blau aus.

Verkäufer: Jst det ooch! Muß det ooch sind. Det sind
die Nationalliberalen.

Erste Kundin: Wat? Wat is denn det nu schon widder?

Verkäufer: Früher hieß det Löbertwurst und sah jrau
aus, wenn't nich anders ausjah. Jeht is allens umjetauft worden.
Na un da muß doch ooch die Farbe wechseln. Blau is 'ne
scheene Farbe; bloß 'n bißchen Himmelblau unjer Hoffnung dran,
un fertig ist die Tunte. Un 'n Reizen is um die Wurst! Se
ilooßen det jar nich, Frau Mehern.

Erste Kundin: Blaue Wurst? Nee, die nehme ich nich.

Verkäufer: Sagen Sie dat nich, Frau Mehern. Wat
die Kommerzianten rade, die sind janz wild druuff. Se ilooßen
jar nich, wat wir damit for'n Schächst machen. Wer Se können
auch graue kriegen, von der alien Sorte. Wenn Se denn jar
keenen entschiedenen Liberalismus im Leibe tragen.

Erste Kundin: Jch verbitte mich alle Anzueglichkeiten!
Verstehn Se mir!

Verkäufer: Herr Jott doch nee. So war det doch jar
nich jemeent. Um Himmels willen bloß keenen Streit nich, wo
wir jede Stimme brauchen. Nehmen Sie't bloß nich iebel, Frau
Mehern, un hier, da nehmen Sie 'n Pfund Freisinn. Kost't nig;
nee, nee, kost't nig.

Zweite Kundin: Das ist ja Sülze, nicht wahr?

Verkäufer: Ja, früher hieß det Sülze un jeht heeßt
det Freisinn. Nich zu bezahlen, so fein. Wenn man 'n anläßt,
fällt er um, so weich un belömmlich. Wat is jefällig? For'n
Sechser Rotwurst? Bedauere, jühren wir nich mehr.

Dritte Kundin: Wat? Keene Rotwurst nich? Dat war
doch jont nich ja.

Verkäufer: Ja, jont! Mens wird andersch in der
Welt. Wissen Se — aber jagen Se 's nich weiter, Frau Mällern —
der Meester kriegt dat Zipperlein, wenn er bloß wat von Rot-
wurst hört. Um de Welt leid't er nich, dat die noch jemacht
wird. Nich mal dat Wort kann er hören, oder er kommt janz
aus die Kompromiß-Jassung. Aber wenn Se 'n halbes hierbon
haben wollen — ich redne 't Ihnen for dreißig Fenneje.

Dritte Kundin: De Schladwurst meenen Sie?

Verkäufer: Nee, nee, dat Se sich den Namen doch ooch
jar nich machen können. Pantinentwurst heeßt det doch. Weil
je so hart is, det id jeden Nieschloßen zum Pannetuchen jchlage,
wenn id zuchslage. Aber je wat jüß's ja jeht jar nich; bloß
keenen Streit nich, wo wir jede Stimme brauchen. Aber die
Wurst is jar um je hält, jage id Ihnen, die dißsen Pantinen aus.

Eine Köchin: Drei Pfund Bratwurst, wenn ich bitten
darf.

Verkäufer: Sehr jern, Freilein Bartha. Na, jar amüßert
am Sonntag? Ja? Na, dat jeht mit. Hier, ja. Na, wenn
Se widder was brauchen: merken Se sich 't: id paß Sie drei
Pfund Mittelstand in'n Korb.

Die Köchin: Nein, was Sie auch all für Wiße machen.

Verkäufer: Nich wahr? Ja, dat is man, weil man'n
erät un brät, un er fällt immer uff die jachße Seite. So wird
er nie janz jar. Aber er is jar, der Mittelstand. Der jeht
for uns wie een Mann.

Ein Arbeiter: Bis uff die, die 't nich duhn.

Verkäufer: Passen Se uff; wir werden 't ja jeßen. (Er
schneidet von mehreren Würsten dünne Scheiben.) So, hier,
Fünfundzwanzig Fenneje. Janz richtig.

Ein Soldat: Aber durch die Scheiben kann id ja jeß
durchziehen. Die sind doch gar zu dünn.

Verkäufer: Jeht nich anders, Christopp; bei die beizen
Zeiten, wo det Vieß so deier is.

Der Soldat: Aber 'ie andern kriegen doch all janzje
Euben mit.

Verkäufer: Sind Se wachstredig? Nee, sind Se nich.
Na also, Jrgendwas muß 't doch widder rausjpringen. Wat
ilooßen Se, wat die paar Wochen loßen? Na, aber weil Sie 't
sind. Da nehmen Se man.

Der Soldat: Der Schwartzenagen is gut.

Verkäufer: Reichsverband heeßt dat, Sie Duffelpeier.
Ja, der hält vor; den werdn Se in achzig Jahren nich los
aus'n Magen, so unbedenklich is dat Jeig. Knobländer wohn
Se haben, Frau Knitzsch. Jernat, hier. Wie bei jeim riecht,
wat? Ja, jagen Se man Ihren Mann, von de nächße Woche
ab wer'n wir auch jchächten. Janz wie jeht 't jchört. Ja, man
kann nie wissen, 't kann uff eene Stimme antommen.

Der Arbeiter: Denn loßen auch ja die Knüs weg.

Verkäufer: Keene Sorge nich. Die kommen wir beßer.
Die wissen, wat je an uns haben. Nee, die bleiben janzlos
un trei bei die Knoblauch-Staubarte, denn die wissen an beßen,
dat Klappern janz Handwerk geßort. Wat wünschen Sie, Freilein?
'n Bierel Jehantes. Jzwoll; hier, ja.

Das Fräulein: Hul! Das jeht ja ganz gelb aus.

Verkäufer: Na un ob! Da is Bepler-Salz dran un
Stangebejer Pfeffer; det Allerneiste. Det schlägt durch wie 'ne
Bilzwee un quäljen is nich datjein. Aber jagen is det

Salz um der Pfeffer, wenn Bloß mehr davon zu kriegen wär.
Aber die Ware wird immer sejtener, sagt der Koofmich. Se will
in Deitschland jar nich mehr wachsen.

Der Arbeiter: Na, denn jeben Se mich ooch noch 'n
Gappn.

Verkäufer: Jzwoll, det is recht. Allens, wat Se wollen.
Janz billig, halb geßentt. Jzumer Ausnahmetage. Mittelstand,
Freisinn, Reichsverband, Nationalliberal, Knobländer Anti, allens
jut durchjerändert.

Der Arbeiter: Nee, dat paßt mich allens noch nich
so recht.

Verkäufer: Ober Dauertwurst Junter; hält sich janz
hundertelang.

Der Arbeiter: Doch nich. Nee, 'n halbes Durchfall-
wurst möcht id mir jerne mitnehmen.

Verkäufer: Wat, wat —?

Der Arbeiter: Haben Sie nich? Na, denn wart id noch
bis 'n Fünfundzwanzigsten. Aber denn!

Verkäufer (fallend): Wat, wat —? So wat zu jagen!
Dat kriegt doch ooch bloß je 'n Arbeiter fertig. Dat schiecht
eenen ja fürchterlich in 'n Leib. Herrjottdochnee, eene fünf
Minuten, meine Herrschaften! (Stürzt durch die Wurstküche auf
den Korridor) . . .

Zur Beachtung!

Die Telephonnummer des Wahl-Bureaus, Große Storch-
straße 7 hat eine Aenderung erfahren, sobeß jeht folgende Fernruf-
nummer benuert werden muß: 1328. —

Galbe-Mehersleben.

Engen Schiffer.

Für den unentwegten Kämpfer für die Behebung
der Volksschule, den Karrieremacher Schiffer, ist nun ein
Wahlaufruf erschienen, in dem sich dieser Musterliberale da-
durch den Wählern in empfehlende Erinnerung bringt, daß
er sich als Ermählter des Dreiklassenwahlrechts für
Magdeburg vorstellt. Das ist in der Tat ein hohes Ver-
dienst.

Unterzeichnet ist der Wahlaufruf von konservativen,
nationalliberalen und freisinnigen Parteigängern. Lauter
Herren mit vollen Geldbeuteln und volltönenden Titeln.
Aber merkwürdig, alle die Direktoren, Geheimräte und
Kommerzienräte haben es für gut befunden, ihre Titel zu
Hause zu lassen. Einfach Herr Coste, Herr Besthorn, Herr
Gräner usw., so jühren sich die Herren ein. Ja, wenn
man der Sozialdemokratie einen Wahlkreis entreißen will,
dann werden selbst Kommerzienräte leutjelig. —

Der Wispel der Unparteilichkeit.

In Großsalze fristet noch ein Ueberbleibsel des
famosen Reichstreuen Vereins ein kümmerliches Dasein, das
durch die Reichstagswahl wieder ein wenig angeregt wurde.
Aber wie sieht es jeht in diesem Verein aus, der zur Unter-
stützung der Nationalliberalen gegründet wurde?
Der böje Geist des Unfriedens hat bei den Reichstreuen
jeinen Einzug gehalten, und während ein Teil von ihnen
jeht so jittam zu Schiffer hält wie früher zu Blade, ist der
andere Teil ins Luge der Mittelständler abmarschiert. Hier
Machardt, hier Schiffer, je halt es jeht von den Wänden des
Vereinslokals wider, und die Gefahr ist groß, daß der Ver-
liner Tischlermeister, wenn auch jont keinen, so doch den
Erfolg erzielt, daß die Großsalzer Organisation für reichs-
treue Wähler auseinanderjprengt wird.

Die Gefahr war groß, wie wir uns berichtigen müssen.
Die Reichstreuen in Großsalze haben es verstanden, die
Zweitkraft aus Ihren Reihen zu bannen. In einem glück-
lichen Augenblick erlenchtete einen von ihnen eine geniale
Idee, und jubelnd gaben die wackeren Patrioten ihre Zu-
stimmung zu ihrer Ausführung. Und worin bestand die
Idee? Einfach darin, daß der reichstreue Wahlverein je
Wahlkomitees bildete. Das eine, dem der Amtsrichter
Grosse vorjst, agitiert natürlich für den Kollegen des
Herrn Amtsrichters, für den Kammergerichtsrat Schiffer;
das andre, unter Leitung des Lehrers Währens, wird Ma-
hardt seine Kraft widmen.

So herrscht wieder Ruhe und Eintracht bei den Reichs-
treuen in Großsalze, dank der weisheitvollen Entscheidung
dieser modernen Salomos. Herr Gräner wird zwar der
Reinung sein, deshalb sei jeimerzeit nicht der Verein der
„Reichstreuen“ gegründet worden, damit er Wahlagitation
für einen Gegner treibe. Aber das ist ja nicht das ent-
scheidende. Die Hauptsache bleibt die Ruhe im Verein, die
Freiheit bei der Wahl, die Gefinnungstüchtigkeit bei den
Mitgliedern. Und die sind wir bei den Reichstreuen in
Großsalze gewohnt. —

Die deutschen Turner.

Der Turnverein Felgeleben jchloß den 16 Jahre alten
Kameradschaft M. aus dem Turnverein aus, weil er am Sonntag
jetzen Vater beim Verbreiten der Flugblätter half. Der Verein
etablierte noch am Sonntag abend ein „Feldgericht“, das den Auf-
gehängten im abgehängten Verjahren verdonnerte, so daß ihm am Montag
kerzich das jchließliche Urteil angehängt werden konnte. Nicht um-
sonst haben die deutschen Turner das „frei“ in ihrem Wahlspruch an
die letzte Stelle gejeht. —

Landrat und Sozialdemokratie.

Man jchreibt uns:
Das nirgends möglich ist, wird im Kreise Quedlinburg geleistet.
Am Sonntag wurden in Dittfurt und Hedersleben unjer
Flugblattverbreiter jstiert. In Dittfurt schleppte der Amtsdienner unjerem
Genossen zum Amtsvorsteher, der jeht nach ihm die Flugblätter
ab, ins eine Verjagung des Landrats v. Jacobi vor, nach der das Flug-
blattverbreiten an Sonntagen verboten sein soll, und stellte dann die Per-
sonen des Uebeltäters jeß. Zu Hedersleben kamerte der Gendarm mit zwei
Reitern der bewaffneten Macht am Eingang des Dorfes schon auf unjer
Genossen, die jebsten hatten aber eene andere Weg eingeschlagen, und es
gelang ihnen, den größten Teil der Blätter zu verbreiten, ehe sie erriecht

wurden. Als am Dienstag zwei Genossen aus Quedlinburg diejeht
beim Amtsvorsteher vorstellig wurden, erklärte derjeht ebenfalls, er
habe eine Befugung vom Landrat erhalten, wonach das
Flugblattverbreiten an den Sonntagen verhindert werden sollte.

In Quedlinburg war das Verbrechen bereits am Sonnabend
verboten. Der Polizei-Inspektor berief sich auf eine Oberpräsidial-
Verordnung vom 27. Oktober 1905, die bekannte Verfrömmungs-
verordnung, die aber das Verteilen von Flugblättern nach Entscheidung
des Kammergerichts nicht trifft. Es wird daher Beschwerde erhoben
werden.

Am Tage vor Weihnachten verbot der Landrat von Jacobi den
Wirt Biervogel in Weddersleben, der seiner Saal unjer Partei zu
Verfügung gestellt hatte, die Ausübung des Schankbetriebes. Herr
Biervogel hatte das Lokal erst kurz zuvor wieder übernommen un
hatte noch keine Konzession.

Der Gastwirt Meier in Kleinstedt erklärte vor einiger Zeit unjerem
Genossen vom Metallarbeiterverband unter Zeugen: „Ich darf jhne
mein Lokal zu Gewerkschaftsversammlungen nicht mehr zur Verfügung
stellen, denn der Landrat von Jacobi hat mir die Entziehung der Konz-
zession in Aussicht gestellt.“ Dem Herrn Landrat dürfte wohl der Erlaß
des Ministers von Bethmann-Hollweg nicht bekannt sein. —

Quedlinburg. In einer stark besuchten Versammlung in
Restaurant „Borowits“ sprach Montag abend der Genosse K o s t e
Berlin. Redner schilderte in zweifelhafte Rede die Auflösung der
Reichstags, die Stellung der Regierung und der bürgerlichen Parteien
im Wahlkampf und kritisierte in zündenden Worten die Greuelthaten
unjer Kolonialhelden. Er jchloß seine Ausführungen mit euen
kräftigen Appell an die Genossen und Genossinnen, bei der Wahlarbeit
frühzeitig mitzuwirken, damit am 25. Januar unjer bisheriger Abge-
ordneter Genosse Albrecht, als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgehe.
Da sich von den anwesenden Gegnern niemand zum Wort meldete,
schloß der Genosse Bernier mit einem brausenden Hoch auf die Sozial-
demokratie die imposante Versammlung. —

Schönebeck. In dieser Woche produzieren sich hier gleich
zwei Kandidaten, Sozialistenfresser Machardt und Herr
Schiffer, der Vater des Schulverfassungsgesetzes. Nur nation-
algeimne Wähler sind eingeladen; freie Ausdrucks- und Dis-
kussion ist ausgeschlossen. Die Genossen werden daher ersucht, die
Versammlungen zu meiden. Dafür mögen je unablässig für den
Genossen Albrecht agitieren und das Verhalten der Gegner, die
die Sozialdemokratie zwar beschimpfen können, aber den Ange-
griffenen nicht Rede und Antwort zu jeßen vermögen, in das ge-
büßende Licht jeßen. Sonnabend findet in „Stadtspark“ eine sozial-
demokratische Wählerversammlung statt. Zu ihr erscheint in heller
Häufeln, Reichstagswähler. Das Wahlkomitee.

Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Parteigenossen!

Am Sonntag den 13. Januar findet die zweite
Flugblattverbreitung im Kreise statt. Es handelt
sich darum, die bisher erfolgten Angriffe der Gegner zurück-
zuschlagen. Beginnt sofort mit den Vorarbeiten zur Ver-
breitung, damit am Freitag resp. Sonnabend die Aus-
händigung des Materials, am Sonntag die Verbreitung
glatt erfolgen kann. **Auf aus Werk!** —

Die Genossen treffen sich zur Empfangnahme des Ma-
terials an folgenden Orten:

- Olvenstedt im Gasthof zum Landhaus.
- Varleben im Gewerkschaftshaus.
- Neuhaldensleben beim Herzog.
- Althaldensleben beim Genossen Heinrich Bede.
- Orzleben beim Genossen Gustav Knüppel.
- Schackensleben beim Genossen Andreas Schick.
- Schnarsleben beim Genossen Hermann Schmidt.
- Mogah beim Genossen Hermann Göhring.
- Hörsleben beim Genossen August Hebbigau.
- Notzensee beim Genossen Ernst Lide.
- Obendorf beim Gastwirt Otto Klein.
- Dahlenswardleben im Vereinshaus.
- Wolmirstedt beim Genossen Wilhelm Demter.

Nun Parteigenossen, an die Arbeit! Es gilt die Gegner,
die uns mit Schmutz bewerfen und als Lügner hinstellen,
niederzuringen. Das können wir nur dann erzielen, wenn
die Aufklärung in die letzte Arbeiterwohnung und in den
äußersten Winkel unjer Wahlkreises hineingetragen wird.
Auf zum Kampf und Sieg!

Das Wahlkomitee. J. A.: Willh. Ludwig.

Versammlungen

- Varleben: Sonnabend den 12. Januar, abends 8 Uhr.
- Neuhaldensleben: Sonnabend den 12. Januar, abends 8 Uhr.
- Althaldensleben: Sonnabend den 12. Januar, abends 8 Uhr.
- Olvenstedt: Donnerstag den 17. Januar, abends 8 Uhr.
- Obendorf: Sonntag den 20. Januar, abends 7 Uhr.
- Varleben: Donnerstag den 24. Januar, abends 8 Uhr.
- Neuhaldensleben: Donnerstag den 24. Januar, abends 8 Uhr.
- Olvenstedt: Donnerstag den 24. Januar, abends 8 Uhr.

Kein bündlerischer Kandidat.

Der Bund der Landwirte hat beschlossen, die Kandidatur
Schirmer fallen zu lassen und geschlossen für den
nationalliberalen Kandidaten Guttsbesitzer F e h l h a u e r
Neuenhofe einzutreten. —

Neuhaldensleben. Der Professor Halbfas jeht seine
jchriftliche Bekämpfung der Sozialdemokratie fort. Es soll
dem Kolonialkammer nun auch einmal Gelegenheit gegeben werden,
durch das Wort der Sozialdemokratische Anhänger abspenstig zu
machen. Zu diesem Zwecke findet am Sonnabend eine Wählerver-
sammlung statt, in der Genosse Müller in Magdeburg, Redakteur
der „Volkstimme“, über den Kolonialpolitiker Halbfas referieren
wird. Herr Halbfas ist zu dieser Versammlung
eingeladen. —

Serichow I und II.

Achtung, Parteigenossen! An die Arbeit!

Wir machen alle Parteigenossen jurgs darauf auf-
merksam, daß diesen Sonnabend abend im Partei-
bureau das Agitationsmaterial verausgabt wird. In
Sommeru, Tracau, Biederich, Genthin,
Neue Schenke an den bekannten Stellen. Es jeht dies-
mal auch in ü n d l i c h agitieren. Tut also eure Schuldiat.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 8.

Magdeburg, Donnerstag den 10. Januar 1907.

18. Jahrgang.

Provinz und Umgegend.

Au die Parteigenossen in den Landgemeinden!

Zur Frühjahr finden in den Landgemeinden die Wahlen zu den Gemeindevertretungen statt. Zur Wahl berechtigt ist jeder Einwohner, der entweder ein Haus besitzt oder zur Gemeindesteuer verpflichtet ist. Um alle Schwierigkeiten zu vermeiden, ist es unbedingt nötig, daß sich auch bei diesen Wahlen die Arbeiter vergewissern, ob sie in die Wählerlisten eingetragen sind. Diese Wählerlisten müssen von den Behörden in der Zeit vom 15. bis zum 30. Januar zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt werden.

Wir fordern die Genossen in allen Orten, wo auf Grund der Landgemeinde-Ordnung gewählt wird, auf, die Einsichtnahme in die Wählerlisten zu organisieren, damit bei den Wahlen, die bis Ende März erfolgt sein müssen, niemand aus diesem Grunde seines Wahlrechts verlustig geht. — Magdeburg, 9. Januar 1907.

Sozialdemokratisches Parteisekretariat für den Regierungsbezirk Magdeburg, S. Weims.

Silberstadt, 9. Januar. (Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen.) In der Dehneischen Maschinenfabrik wurde kürzlich ein Arbeiter entlassen, der dort 18 Jahre ununterbrochen beschäftigt war, weil er nicht in der Schmiede arbeiten wollte. Der Entlassene begründete die Weigerung damit, daß, nachdem er 8 Jahre Schmiedearbeiten nicht mehr geleistet habe, solche nicht ausüben könne, auch sei sein körperlicher Zustand dazu nicht mehr geeignet. Die Firma erkannte die Gründe nicht an und erklärte ihm, wenn er nicht in der Schmiede arbeiten wolle, so sei er entlassen. Die Firma ist nämlich im Schmiede in großer Verlegenheit. Trotz aller Bemühungen kommen keine Schmiedegehilfen nach hier. Deshalb sollen Leute in die Schmiede praktikantiert werden, ganz gleichgültig, ob sie die Arbeiten leisten können oder nicht. Die Firma geht von dem Grundsatz aus: Es wird sich schon mit der Zeit machen. Daß niemand in die Schmiede will, hat seinen berechtigten Grund. Nach dem Ausspruch der darin beschäftigten Schmiede, soll es die reinste „Stiftbude“ sein, die schlechtesten Einrichtungen haben wir schon einmal besprochen. Der Gewerkschaftsinspektor hat darin wiederholt seines Amtes gewaltet, um bessere Verhältnisse einzuführen, aber es ist trotzdem wenig gebessert worden. Die Feuerherde und Ventilatoren sind derartig schlecht angelegt, daß der Rauch nicht genügend Abzug hat und den ganzen Tag über wie eine Wolke in der Schmiede lagert. Da diese Zustände auch im Fachorgan der Schmiede geschildert worden sind, so ist es leicht erklärlich, daß fremde Schmiede nicht nach hier kommen. Die Entlassung des alten Arbeiters erscheint nach allem diesen durchaus nicht gerechtfertigt und beweist wieder aufs deutlichste die Fürsorge, welche die Firma für alte Arbeiter an den Tag legt. Solche Vorgänge müßten doch die rückständigsten Arbeiter auspeitschen und sie der Organisation zuführen. Eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ist völlig ausgeschlossen. —

(Die Beerdigung) unseres verstorbenen Genossen Fritz Voigt in Harzleben findet am Donnerstag nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause in Harzleben aus statt. Parteigenossen, welche unsern lieben, treuen Fritz die letzte Ehre erweisen wollen, müssen sich am Donnerstag mittags 1 Uhr bei Max Bollmann einfinden. Von dort aus ist Fahrgelegenheit geboten. —

(Das Gewerkschaftskartell) hält Mittwoch abend im Gewerkschaftshause seine erste Sitzung im neuen Jahre ab. In derselben werden die Vorstandswahlen und die Besetzung der Kommissionen vorgenommen. Die gewählten Delegierten haben ihre Mandate mitzubringen und müssen pünktlich und zahlreich erscheinen. Siehe auch Inserat in heutiger Nummer. —

(Aus dem Stadtparlament.) Die Versammlung beschließt die Gültigkeit der Wahlen der neu und wieder gewählten Stadtverordneten, die dann durch die üblichen Ansprachen des Ersten Bürgermeisters Dr. Gerhardt und des Vorsitzenden Geheimrat Dr. Finde in ihr Amt als Stadtverordnete eingeführt werden. Bei den vorgenommenen Wahlen wurde Geheimrat Dr. Finde als erster Vorsitzender, Justizrat Fromme als zweiter Vorsitzender, Stadtverordneter Hinemörder als Schriftführer und zum vereidigten Protokollführer Stadtschreiber Will wieder gewählt. Die Ergänzungswahlen zu den Kom-

mmissionen ging glatt von statten; ebenso die Wahl der Armenbezirksvorsteher, die sämtlich wieder gewählt wurden. Hiermit war die erste Sitzung im neuen Jahre beendet. Der Vorsitzende forderte die Stadtverordneten zum Schluß noch auf, recht pünktlich zum gemeinschaftlichen Essen im „Goldenen Roß“ zu erscheinen. Das war alles. —

(Der redelustige Malermeister) Schinke, der über all seine Mittelstandsaussichten zum Ausdruck bringt und dadurch im Stadtverordneten-Kollegium auch ein heißes Mitglied geworden ist, hat gegen unsern Genossen Karl Berg eine Verleumdungserklärung abgegeben. —

(Kommunales.) Bei der Einführung der neugewählten Stadtverordneten hielt das Stadtoberhaupt die folgende Ansprache: Meine Herren! Die Stadtverordneten sind Vertreter der Bürger, sie sind ihre Vertrauensleute. Ob sie das Vertrauen gerechtfertigt haben, beweisen die Wahlen. Ich freue mich, daß die Wahlen so ausgefallen sind, indem die alten bewährten Vertreter wieder gewählt wurden. Meine Herren! Es gibt ein Ziel, welches Sie jetzt im Auge behalten müssen, indem Sie stets für das Wohl der Stadt eintreten wollen. Sie dürfen sich nie von persönlichen Interessen leiten lassen. Auch dürfen Sie sich nie davon abhalten lassen, eventuell auch mal gegen den Willen der Bürgererschaft zu stimmen. Sie haben dabei nach ihrem Gewissen zu handeln. Eine Klärung wird sich später in der Bürgererschaft schon finden lassen. Verleihen Sie also hiermit auf Handschlag, an Eidesstatt, daß Sie stets zum Wohle der Stadt handeln wollen. Dies geschah und ergebn. Hierauf ergreift der Vorsitzende, Geheimrat Finde, das Wort. Meine Herren! Ich habe die Ehre, Sie im Namen des Stadtverordneten-Kollegiums zu begrüßen. Sie haben hohe Aufgaben zu erfüllen. Es ist Ihre Pflicht, nicht nur allein an den Sitzungen teilzunehmen, sondern auch die Ihnen übergebenen Arbeiten treu und gewissenhaft auszuführen, daran teilzunehmen. Wenn Sie auch in Massen gewählt sind, so gebe ich Ihnen hiermit die Versicherung, daß es in diesem Hause keine Klassen- und konfessionellen Unterschiede gibt. — Also der Erste Bürgermeister hat sich geäußert, daß seine Sozialdemokraten gewählt sind, sondern die alten grünen Patrioten. Wie weit die Bürgererschaft diesen ihr Vertrauen entgegengebracht hat, darüber haben die Stadtverordnetenwähler den besten Beweis erbracht. Mit 200 Stimmen Mehrheit und mit Hilfe abhängiger Wähler, die wider Willen wählen mußten, war es möglich, in der Hauptwahl drei Mandate zu erobern, während das dritte Mandat erst in der Stichwahl mit 45 Stimmen Mehrheit herausgeholt werden mußte. Also von einem großen Vertrauen. Herr Bürgermeister, kann wohl nicht die Rede sein, die grünen Reinen sind am Ende und mit wenigen Vertrauen ins Stadtparlament hineingekumpelt. Die Rede des Herrn Finde bringt aber noch etwas mehr in die Mägen. Er versichert, im Stadtverordnetenjaare gäbe es keine Klassenunterschiede, obgleich die Stadtverordneten in Massen gewählt sind. Dieses glaubt doch kein Bürger unserer Stadt. Aus welchem Grunde bestehen denn die Klassenwahlen? Warum hat man denn bei den Stadtverordneten-Wahlen kein gleiches, geheimes Wahlrecht? Doch nur deshalb nicht, weil man der weniger bemittelten Bevölkerung, dem übergroßen Teil der Bürgererschaft nicht die Rechte einräumen will, die ihm infolge der größeren Zahl zukommen. Bei den Klassenwahlen aber werden einer Handvoll reicher Leute weit größere Rechte geboten wie der großen Zahl Bürger der dritten Absteufung. Das elende Wahlrecht ist doch ein Privileg der Besitzenden und eine Entrechtung der Besitzlosen. Die Klassenunterschiede sind fast in jeder Sitzung bemerkbar. Auch in der Anfangssitzung trat dies wieder so recht klar zutage, selbst Geheimrat Finde mußte dies an seiner eignen Person spüren, nämlich bei der Wahl zum ersten Vorsitzenden. Er bekam diesmal nur 24 Stimmen, 10 Stimmen erhielt der konservative Justizrat Fromme. Mehrlich prägte sich das Stimmverhältnis aus bei der Schriftführerwahl. Der liberale Hinemörder bekam nur 21 Stimmen und der konservative Lehrer Busse erhielt 12 Stimmen. Diese Wahl bekundet, daß sich in unserm Stadtparlament eine konservative Strömung bemerkbar macht. Bei den Ergänzungswahlen zu den Kommissionen traten die Klassenunterschiede noch greller zutage. So hat man z. B. Trohn und Gerlach sowie verschiedene andere Stadtverordnete der dritten Abteilung vollständig übergangen, sie erst gar nicht für eine Kommission in Vorschlag gebracht, während man Häjeler und Bickert, die eben erst ins Stadtparlament hineingerufen haben und mit den kommunalen Verhältnissen wenig oder gar nicht vertraut sind, in mehrere Kommissionen hineingeworfen. Sagen Sie, Herr Geheimrat Finde, sind das keine Klassenunterschiede? Wir könnten noch mehr Beweise dafür liefern, aber wir glauben, diese wenigen Andeutungen genügen schon. Unser Stadtparlament ist ein Klassenparlament vom Kopf bis zur Sohle. —

Stahlfahrt, 9. Januar. (Eine Abfindungssumme) von 64 000 Mark wurde dem Kaufmann Burkhold in Stahlfahrt seitens des Eisenbahnsiskus zuerkannt. B. verunglückte vor einigen Jahren beim

versuchten Passieren der Eisenbahnstrecke in der Bernburger Straße zu Leopoldshall in dem Augenblick, als die Schranke zur Überwindung des Bahnhofs herübergefahren wurde. Er erlitt hierbei eine schwere Kopfverletzung, die eine erhebliche Schädigung seiner Gesundheit zur Folge hatte, und die trotz vielfacher ärztlicher Behandlungen auch bis jetzt nicht vollständig beseitigt werden konnte. Nach langwierigen Verhandlungen mit dem Eisenbahnsiskus sind seine Entschädigungsansprüche nunmehr dahin anerkannt worden, daß ihm eine einmalige Abfindung von 64 000 Mark zugewilligt wurde. B. hatte seinen Anspruch anfänglich auf 75 000 Mark beziffert. —

Gerichts-Zeitung.

Sandgericht Magdeburg.

Sitzung vom 8. Januar 1907.

Ein Dieb. Der Schmied Richard Heinemann hier, geboren 1880, öffnete im August 1906 in der gemeinschaftlichen Wohnung der Heisterford eines Schlossers und Stahl daraus einige Kleidungsstücke. Der Martin stahl der Angeklagte ein Handbuch. Die Kammer erkannte wegen Diebstahls in zwei Fällen auf zunächst 1 Jahr 2 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. —

Ein schlechter Kollege. Der Knecht Hermann Günther zu Vertingen, geboren 1889, erbrach am 2. Mai 1906 den Heisterford eines Mitmeisters und stahl Kleidungsstücke sowie andere Sachen. Der Angeklagte erhielt deswegen 6 Monate Gefängnis. —

Diebstahl und Unterschlagung. Der vorbestrafte Hausdiener Willi Kühle hier, geboren 1881, war im Jahre 1906, bei der Firma Wolf Seelenfreund beschäftigt und stahl aus dem Lager wiederholt Haus- und Küchengeräte im Werte von zusammen 177 Mark. Ferner behielt Kühle 6,05 Mark, die er zur Ablieferung an eine andere Firma erhalten hatte. Der Angeklagte wurde wegen Diebstahls und Unterschlagung zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. — Auch betrafte eines Teils der Waren wurde Unterschlagung als vorliegend erachtet. —

Gewerbegericht Magdeburg, 2. Kammer.

Sitzung vom 7. Januar.

Vorsitzender: Stadtrat Sahm. Beisitzer: Metallarbeiter Flügge und Kellner Huerzagt, Arbeitnehmer; Buchdruckereibesitzer Bornstedt und Bierverleger Kellner, Arbeitgeber.

Es ist ein Akkordarbeiter berechtigt, für den Mangel der zur Fertigstellung des Akkords notwendigen Teile einen höheren Akkord zu verlangen? Das Gewerbegericht hat in seiner ersten Sitzung in diesem Jahre die Frage verneint, und den Tischler Müller mit seiner dahingehenden Klage gegen den Tischlermeister Wilde abgewiesen, wohl aber dem Kläger für die Zeit, die er warten mußte, die geforderte Entschädigung im Betrage von 4,32 Mark zugesprochen. Kläger hatte einige Schränke zu einem bestimmten Preis in Akkord herzustellen übernommen unter der Bedingung, daß er fortarbeiten könne und nicht auf einzelne Teile warten müsse. Als trotzdem die Teile fehlten und Kläger darauf warten mußte, verlangte er vom Beklagten einen erhöhten Akkord mit der Begründung, daß er an seinem Akkord nicht weiterarbeiten könne. Beklagter lehnte aber das Ansuchen ab und bemerkte, daß Kläger aufhören könne, wenn er einen erhöhten Preis verlangte. Auf Grund dieser Vorkommnisse verlangt nun Kläger den vollen Akkordpreis für die beiden Schränke ausbezahlt, weil er von dem Beklagten an deren Fertigstellung gehindert wurde. Das Gewerbegericht weist ihn aber mit seiner Forderung ab, weil ein ausbegebener Akkord während der Ausführung der Arbeit nicht geändert werden brauche, wohl aber fand dem Kläger für die veräumten Stunden Entschädigung zu. Die nicht unerheblichen Kosten muß zu zwei Dritteln der Kläger, zu einem Drittel der Beklagte zahlen. —

Ein unbezweifeltes Beginnen. Der Porzellanarbeiter Weber klagt gegen die Firma Unkuch u. Co. auf Zahlung von 82 Mark Entschädigung wegen kündigungsjöser Entlassung. Kläger wollte den Chef der Firma im Auftrag seiner Mitarbeiter sprechen, um mit ihm bessere Akkordpreise zu vereinbaren, wurde aber durch den Meister nicht zum Chef gelassen, sondern ihm bedeutet, daß an denöhnen nichts geändert werde, und wenn dem Kläger dies nicht passe, könne er sofort aufhören. Kläger stellt den Vorfall so dar, als ob er entlassen ist. Dahingegen bekundet ein Zeuge eiblich, daß Kläger selbst aufgehört habe, als ihm gesagt wurde, daß er aufhören könne. Hierauf erfolgt die kostenpflichtige Abweisung des Klägers, als Opfer seiner Mitarbeiter, die ihn zu dem Vorgehen bestimmt hatten. —

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Zwei Brüder.

Roman von Jens Petrich Kieland.

(36. Fortsetzung.)

Zu einem rasenden Nordsturm kamen sie heim. Die ganze Reihe der Inseln und Holmen lag in Schaum und Rauch, als ob eine Batterie im Kampfe unaufhörlich mit all ihren Kanonen feuerte.

Die schwarzen Klippen tauchten aus der Brandung auf, glatt und schlank wie Panzerjähne. Schaumwolken stiegen in die Höhe und wurden wie Pulverrauch vom Sturm mit fortgerissen, und das Dröhnen der fürchterlichen Kanonade ließ die Luft erzittern.

Nicht eine Wolke war an dem blauweißen Himmel, aber über das Meer hin jagte ein grauer Nebel von Wasserstaub und Schaumflocken, und der Sonnenschein war bleich und eiskalt.

Alle Vögel waren verschwunden; keine Spur von Leben war zu sehen oder zu hören, als der Rostdampfer an der Lee-seite der Inseln auftauchte, weder in der Luft noch auf der See oder am Lande, wo alles noch naakt und kahl war, obwohl es Mitte April war.

Die See wogte und wallte mit ungleichmäßigen Stößen und Sprizwellen selbst innerhalb der Holmen, und die große Heulboje auf der Thorbjörnshäre zerrte und riß an ihrer Verankerung und wurde von den Wellen hin und her geworfen, und ihr Gebrüll, das sie in den Sturm hinausjandte, klang in dem Dröhnen wie der Rostdampfer eines großen erdrückenden Tieres.

Tollus und Martin hatten von dem Augenblick an, wo der Leuchturm über der äußersten Landzunge im Vöfjord auftauchte, nach ihrer geliebten Insel gespäht, und sie er-

kannnten, je mehr das Schiff sich der Insel näherte, Klippen und unterseeische Riffe und nannten sie halblaut beim Namen, und als sie in die schmale Einfahrt zwischen den Inseln tamen, fühlten sie etwas wie Verwunderung darüber, daß alles genau so war, wie damals, als sie reisten.

Es kamen ihnen vor, als wären sie eine Ewigkeit fortgewesen, und wenn sie daran dachten, wie verändert sie selber waren, und mit welcher andern Augen sie jetzt all die bekannten Stätten anschauten, die so voller Erinnerungen waren, da hatten sie das Gefühl, als müßten sie die Spuren der langen Zeit auch in dem lieben verwitterten Anblick, in dem sie jeden Zug kannten, wiederfinden.

Aber alles war wie früher.

Jede Schäre war an ihrem Plak, die Inseln wichen im letzten Augenblick zur Seite und machten Platz für die Durchfahrt, in einer geschützten Bucht lagen Schären von Eidergänsen und Fischen, und der eiskalte Nordsturm hatte einen so heimatischen Geschnack, seinesgleichen hatten sie nicht getroffen, weder im Norden noch im Süden.

Und je mehr sie sich der Heimat näherten, desto stärker wurde das Gefühl der Trauer und Scham darüber, so zu kommen, wie sie kamen.

Die unbekanntesten Stätten schauten sie an und fragten: erinnert ihr euch noch? und als sie in einem engen Sund eines ihrer eignen geheimen Seezeichen erblickten, wo Tollus einmal ein Loch ins Boot gesegelt hatte, und das noch jetzt an seiner Stelle stand, da gab es ihnen einen Stich durch die Brust, und sie fühlten, daß es besser gewesen wäre, wenn alles verändert und zerstört gewesen wäre.

Wie hatten sie sich nicht auf diese Heimkehr gefreut! Unzählige Male bei Tag und Nacht hatten sie alles miteinander durchlebt, die Fahrt auf dem Dampfboot, die Schären und die Vögel und alles gerade bei Nordwind und Sonnenschein! Und wie anders war alles gekommen!

Hier standen sie, jeder für sich, ohne ein Wort miteinander zu sprechen, voller Bitterkeit und Angst vor der Be-

gegnung mit denen daheim, und all dem Kummer, der über sie alle hereinbrechen würde.

Zu Svortingsund war es ruhig wie immer, ruhig und glatt lag das Meer da, und die Brandung klang wie das ferne Tosen eines Wasserfalles. Von Zeit zu Zeit kam ein Windstoß über die Klippen herab und warf sich auf die glatte Wasserfläche, wo ein schwarzer Fleck entstand, der sich nach allen Seiten ausbreitete mit einer Schnelligkeit, daß die See schäumte. Es lagen nur zwei Boote im Sund. In dem einen waren Anders und der Postmeister, im anderen nur Kasman.

Tollus und Martin standen auf dem Achterdeck, und sobald sie ihn erblickten, ging Tollus hin und stellte sich neben Martin. Beide winkten mit den Mützen, aber Kasman erhob sich nicht im Boot, er küßte nur den Südwesten und ruderete ein paar Schläge zur Seite, um den Postmeister heranzulassen; und als sie nahe genug waren, um einander begrüßen zu können, verstanden sie, daß etwas passiert sein mußte.

„Wie geht es Mutter?“ fragte Tollus, während Kasman die Fangleine auffing. Er schüttelte den Kopf und machte eine Bewegung mit der Hand, antwortete aber nicht. Als er das Boot festgemacht hatte, richtete er sich in die Höhe, sah zu ihnen hinauf und lächelte.

„Willkommen zu Hause, Jungen!“ sagte er, aber die Stimme klang nicht wie in alten Tagen, und er sah gealtert aus. „Und Mutter?“ fragte Martin.

„Sie starb gestern nacht!“ antwortete er ruhig. „Das gab ihnen beiden einen Ruck. An sie hatten sie in den letzten Tagen kaum gedacht, so hatte sie der Gedanke in Anspruch genommen, was geschehen würde, wenn sie ihr, die ihr Schicksal geworden war, von Angesicht zu Angesicht gegenüberstünden.“

Ein zu Hause ohne Mne, das konnten sie sich nicht denken. Und nun war sie fort.

(Fortsetzung folgt.)

Ein ungerechtfertigtes Verfangen. Der Chocolatier Große klagt gegen die Firma Schöndorff u. Curio auf Ausheilung eines Beugnisses, in welchem die Einzelheiten der größeren Arbeiten aufgeführt werden sollen, die vom Kläger geleistet wurden. Kläger wird mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen, weil Beklagter nur verpflichtet sei, über Art und Dauer der Beschäftigung sowie auf Wunsch des Klägers über dessen Leistung und Führung ein Zeugnis auszustellen; eine weitere Pflicht liege dem Arbeitgeber nicht ob.

Richtigstellung: In der Sitzung vom 27. Dezember d. J. ist als Beisitzer irrtümlich der Gastwirtsgeselle Kahn angegeben, während der Maurer Rufe Beisitzer war.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 5. Januar 1907.

Körperverletzung und Freiheitsberaubung. Der Fuhrmann Franz Willhaus aus Döberitz war mit dem Privatmann Müller wegen einer gemieteten Scheune in Streit geraten, in dessen Verlauf der Angeklagte den Willker körperlich mißhandelte und ihn in der Scheune einsperrte. Wegen beider Straftaten wird Willhaus zu insgesamt 2 Monaten Gefängnis sowie zur Tragung der Kosten verurteilt.

Diebstahl. Der Hausdiener Richard Grepp aus Ermsleben stahl zu Quedlinburg im Hotel zum Vär einen Brillantring von hohem Werte. Der Angeklagte will den Ring nicht gestohlen, sondern gefunden haben. Die Beweisaufnahme ergab jedoch, daß er den Ring gestohlen hat. Das Urteil lautet deshalb auf 3 Monate Gefängnis.

Diebstahl. Der Arbeiter Andreas Mich aus Galizien, 18 Jahre alt, hat in Gröningen in der Arbeiterkaserne mittels Erbrechens von Schränken und Kisten den Arbeitern mehrere Sachen gestohlen. Er wird dafür mit 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust bestraft.

Einbruchsdiebstahl. Der mehrfach vorbestrafte Arbeiter Gustav Wilhelm Kube, der Schlichter Otto Georg Rofe und der Stallschwinger Emil Lehder, sämtlich hier in Untersuchungshaft, haben hier im Juni 1906 mehrere Diebstähle gemeinschaftlich ausgeführt. Rofe hat sich bei seiner Einlieferung in das Gerichtsgewächnis nach der intellektuellen Urkundenfälschung schuldig gemacht. Dieses Verbrechen hatte sich in Magdeburg und Leipzig zusammengefunden und verabredet, Diebstähle auszuführen. So kamen sie denn auch nach hier, brachen bei dem Stadtverordneten Braun ein und stahlen diesem sowie den dort wohnenden Präparandenbüchern eine Menge wertvoller Sachen. Rofe und Lehder sind gefänglich, während Kube einen Halbdummen martiert. Es werden beurteilt: Kube zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, Rofe zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, 1 Monat Zuchthaus wird als verbüßt erachtet; Lehder erhält 9 Monate Gefängnis, von denen 3 Monate für erfüllte Untersuchungshaft abgerechnet werden.

Kleine Chronik.

Großfeuer.

Aus Breslau wird gemeldet, daß in der Zuckerfabrik zu Haynau ein großes Feuer gewütet hat, das in der Pack- und Lumpenkammer aus unaufgeklärter Ursache zum Ausbruch kam und so schnell um sich griff, daß viele im Siedebann beschäftigte Arbeiter kaum das nackte Leben retten konnten.

Der Hauptmann von — Pumpernickel.

Die Kunde von dem gemalten Streich des „Hauptmanns von Köpenick“ ist auch nach dem fernsten Japan gebrungen, allerdings zunächst mit einem kleinen Mißverständnis. Wie aus der in Yokohama erscheinenden „Deutschen Japan-Post“ hervorgeht, war in der ersten Meldung über den „Fall Köpenick“ der Name des Städtchens Köpenick in „Pumpernickel“ umgewandelt worden, und die Redaktion des Blattes war zunächst der Meinung, daß der Ueberfall auf das Rathaus sich in — Trebbin zugetragen habe. Daß übrigens auch im fernsten Osten der Riespekt vor der Uniform und jeder Dummkopf mit einem Titel. Wie lange ist es her, daß Herr Karl Hirsch aus Budapest, Adullah ben Julius Effendi, mit Fez, Degen und Orden in Tokio und Yokohama herumholzierte und alle Welt anpumpte? Nachher stecken ihn die Holländer ein und verurteilten ihn zum Tode, weil er die malaiischen Hauptlinge auf Sumatra als Abgesandter des Sultansultans aufgewiegelt, in Wahrheit aber bloß angepöppelt hatte. Aus dem Todesurteil wurde dann eine Verurteilung zu einigen Jahren Zuchthaus, und schließlich jahen die Dnyheers den Humor ein und ließen ihn laufen, bewiesen ihn indessen aus dem Lande.

Ein wahnsinniger Priester.

Zu der Peterskirche in Rom wurde die Messe durch einen Wahnsinnigen plötzlich unterbrochen. Ein der Messe zuhörender junger Priester begann plötzlich in lautes Gelächter auszubrechen. Er tanzte und sang. Der Geistliche, der wahnsinnig geworden war, wurde unter großem Zulauf des Volkes in ein Spital gebracht.

Biehmarkt.

Magdeburg, 8. Januar. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb: 234 Rinder, 274 Kälber, 195 Schafvieh usw., 1655 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht (gemäß den Feststellungen durch die Waagen im Viehhof): D h j e n: a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes, bis zu 7 Jahren 41—43 Mt., b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 37—40 Mt., c) mäßig genährte junge und ältere 34—36 Mt., d) gering genährte jeden Alters 31—33 Mt. Bullen: a) vollfleischige, ausgemästete, bis zu 5 Jahren 40—42 Mt., b) vollfleischige, jüngere 36—39 Mt., c) mäßig genährte jüngere und ältere 33—35 Mt., d) gering genährte jüngere und ältere 30—32 Mt. Kälben und Kälbe: a) vollfleischige, ausgemästete Kälben höchsten Schlachtwertes — Mt.

b) vollfleischige, ausgemästete Kälbe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 31—34 Mt., c) ältere ausgemästete Kälbe und wenig gut entwickelte jüngere Kälbe und Kälben 28—30 Mt., d) mäßig genährte Kälbe und Kälben 25—27 Mt., e) gering genährte Kälbe und Kälben 21—24 Mt. Kälber: a) feinste Mast- (Vollfleischmast) und beste Saugkälber 54—60 Mt., b) mittlere Mast- und gute Saugkälber 45—52 Mt., c) geringere Saugkälber 36—44 Mt., d) ältere, gering genährte (Fresser) — Mt. Schafe: a) Mastlammern und jüngere Mastlammern 35—38 Mt., b) ältere Mastlammern 33—35 Mt., c) mäßig genährte Hammeln und Schafe 30—33 Mt. Schweine (mit 20 Prozent Tara): a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 65—68 Mt., b) fleischige 62—64 Mt., c) gering entwickelte 57—60 Mt., d) Samen 55—62 Mt. Verkauf und Tendenz: Mittelmäßig. Ueberstand: 40 Rinder, 19 Kälber, 4 Schafe, 280 Schweine.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Fier, Eger und Mosbau.		Fah		Bunde	
Jungbunzlau	6. Jan. + 0.07	7. Jan. + 0.06	0.01	—	—
Laun	— 0.05	— 0.05	—	—	—
Budweis	+ 0.08	+ 0.05	0.03	—	—
Prag	+ 0.50	+ 0.57	—	0.07	—
Unstrut und Saale.		Fah		Bunde	
Straßfurt	7. Jan. + 1.95	8. Jan. + 1.90	0.05	—	—
Weißenfels Untp.	+ 1.36	+ 1.24	0.12	—	—
Trotha	+ 3.36	+ 3.04	0.32	—	—
Misleben	+ 3.00	+ 2.82	0.18	—	—
Bernburg	+ 2.70	+ 2.37	0.33	—	—
Calbe Oberpegel	+ 2.06	+ 1.98	0.08	—	—
Calbe Unterpegel	+ 2.34	+ 2.18	0.16	—	—
Musbe.		Fah		Bunde	
Deßau	7. Jan. + 0.78	8. Jan. + 0.66	0.12	—	—
Muldenbrücke	—	—	—	—	—
Elbe.		Fah		Bunde	
Parabitz	6. Jan. + 0.70	7. Jan. + 0.65	0.05	—	—
Brandeis	+ 0.52	+ 0.50	0.02	—	—
Melnitz	+ 0.04	+ 0.04	—	—	—
Leitmeritz	+ 0.03	+ 0.14	—	0.11	—
Mußig	—	—	—	—	—
Dresden	— 1.25	— 1.02	—	0.23	—
Torgau	+ 0.75	+ 0.88	—	0.13	—
Wittenberg	+ 1.69	+ 1.80	—	0.11	—
Poschau	+ 1.13	+ 1.16	—	0.03	—
Barby	+ 1.90	+ 1.90	—	—	—
Schönebeck	+ 1.73	+ 1.75	—	0.02	—
Magdeburg	8. " + 1.65	9. " + 1.64	0.01	—	—
Tangermünde	7. " + 2.16	10. " + 2.40	—	0.24	—
Wittenberge	+ 3.80	+ 3.90	—	0.07	—
Broda-Dömitz	+ 2.22	+ 2.40	—	0.18	—
Lauenburg	+ 2.19	+ 1.00	—	—	—

Inventur-Räumungs-Verkauf!
Heute und folgende Tage verlaufe ich fast sämtliche Waren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
B. Wolff, Partimarcen- und Gelegenheitskaufhaus
14 Schwerfegerstraße 14. 2684

Unerreicht an Wohlgeschmack
SAF 2 Pfg. Cigarette
Cigarettenfabrik TOMA-Dresden gegr. 1876.

Burg, Breitweg 7
Lager fertiger Särge in jeder Ausführung
Möbel in allen Holzarten empfiehlt 2431
G. Stollberg.
Romane zu verkaufen Franzberg Nr. 23
Tinte (fließschwarz) empfiehlt die Buchhbl. Volkstimme.

Kaufe Kanarienhähne und weibchen jeden Poßen. Bezahle Hähne 3.50 bis 6.00 Mt., für Weibchen 60 Pfg., bei 25 Stück 75 Pfg. [2633]
J. Tischler, Münsstr. 25, I.
Stadt-Theater.
Donnerstag den 10. Januar 1907. Carmen.
Sonntag den 13. Januar 1907 nachmittags 3 Uhr Romeo und Julia.

Stein- und Verlobungsringe
Gold- und Silberwaren.
Franz Paul
Juwelier, Ecke Berliner Strasse und Goldschmiedebücke.
Apfelsinen je nach Größe 2683
6 Stück 20, 6 Stück 30 Pfg.
tabelle, süße Früchte.
Sollen Sie guten Käse
Sprossen 40 Pfg.
Butterhandl. Edelweiß
Jah. J. Lehmann
Halberstädter Straße 40.
Heute Donnerstag Frische 2432

Walhalla.
Das glänzende Januar-Programm.
10 Attraktionen 10

Wilhelm-Theater.
Abendlich 8 Uhr Sonntag 7 1/2 Uhr
Tausend und eine Nacht.

Zirkus
Noch heute Donnerstag abends 8 Uhr
Die Mädchenverführer
Großes Sensationsstück in 4 Akten von Karl Wald.
Konrad Feuer: Dir. Max Sampl.
Morgen Freitag abend zum erstenmal!

Salome.
Großes Schauspiel mit Melodramen nach der gleichnamigen berühmten Straußschen Oper, für die Bühne bearbeitet von Paul Kiesel.
Sonabend nachmittags 4 Uhr
Auf allgemeines Verlangen!
Der Rattenfänger v. Hameln
Erwachsene auf allen Plätzen 20 Pfg., Kinder 10 Pfg.

Butter!
Da der Konsum in Butter im Monat Januar stets wesentlich kleiner ist als gewöhnlich, so erhalte ich jetzt von sämtlichen Molkereien sehr bedeutende Zufuhren und ermäßige folgedessen den Preis für
allerfeinste Molkerei-Butter
Spezialmarke „M. N.“ auf
130 Pfg. p. Pfd. mit 5 Proz. Rabatt (netto also 123 1/2 Pfg.)
feinste frische Molkerei-Butter kostet
125 Pfg. p. Pfd. mit 5 Proz. Rabatt (netto also 119 Pfg.)
A. N. Völker Butterhandlungen
Telefonnummer 1406
Jakobstr. 5, Jakobstr. 21, Jakobstr. 26
Grünebaumstraße 9/10, Breiter Weg 252 und
Wilhelmstadt, Butterhandlung „Alpenrose“,
Andrusstraße 22.

Wurst
Christian Siemens, Rng.
Monopol-Theater
Kaufstraße 21, „Kaiserhof“
Lebende Photographien.
Jede Woche neues Programm!
Klare, schwarze Bilder!
Entrée 30 Pfg. Entrée 30 Pfg.
Kinder die Hälfte. 2682

Standesamt.
Magdeburg-Meckstadt, 8. Januar.
Aufgebote: Kaufmann Friedrich Krüger hier mit Emma Friederike Helene Hoffmann in Loburg.
Santler Robert Erleben hier mit Emma Kausch in Gommern. Mäler Karl Georg Kube hier mit Luise

Johanne Deide in Nachterstedt, Kaufmann Emil Spangenberg mit Meta Jantsch. Kaufmann Wilhelm Ahlmann mit Elise Beckmann. Arbeiter Adolf Delfers mit Auguste Rehlhoff. Schiffskapitän Paul Bernede mit Elise Schumig.
Eheschließungen: Postbote August Wibe mit Berta Lunau. Bierbrauer Wilhelm Land mit Marie Friedrich. Geschäftsreisender Adolf Kink mit Emma Maßle.
Todesfälle: Schriftfeger Hermann Bergmann, 61 J. 4 M. 22 T. Witwe Elisabeth Ehre geb. Schulz, 59 J. 10 M. 25 T. Former Eduard Bedder, 55 J. 11 M. 7 T. Fabrikarbeiter Karl Fischer, 52 J. Nagel, 46 J. 5 M. 20 T. Bauarbeiter Michael Kufjur, 45 J. 3 M. 4 T. Fabrikarbeiter Johann Wileba, 26 J. 6 M. 5 T. Bauarbeiter Max Hagedorn, 25 J. 6 M. 29 T. Versicherungsbeamter Karl Rehsch aus Hirschdorf, 22 J. 10 M. 8 T. Aufwarterin Elisabeth Fahnert, 23 J. 1 M. 18 T. Schneidlerin Marie Hartmann, 20 J. 7 M. 15 T. Richard, S. des Koppelnachts Hermann Freist, 1 M. 5 T. Ghela, T. des Kaufmanns Albert Steinhoff, 3 M. 14 T. Frida, unehel., 1 T. S. unehel., 1 T. S. des Arbeiters Johann Popper, totgeb.

Aufgebote: Vädermeister Otto Ruppe mit Helene Müller.
Eheschließung: Kaufmann Otto Schmeller mit Hedwig Jech.
Geburt: S. des Klempners Albrecht von der Heyde.
Burg, 8. Januar.
Eheschließung: Sanitätsfeldwebel im Ullmar. Feldart.-Rgt. Nr. 40 Hermann Mahrholz mit Dorothee Emma Anna Mohrenweier.
Geburten: S. des Bahnunterhaltungsarbeiters August Hütge. S. des Arbeiters Franz Hütge. S. des Manners Paul Dilling.
Todesfälle: Arbeiter August Kleezeit, 20 J.
Schönebeck.
Aufgebote: Fabrikarb. Friedr. Döhler mit Ida Wamel. Werkzeugsdrehler Hermann Spangenberg mit Hedwig Krause. Schiffer Carl Wolff mit Marie Homann. Freier Heinrich Bauer in Tirschenreuth mit Emma Beckman.
Geburt: Hie, T. des Polizeisergeanten Richard Ruhlmeier.
Todesfälle: Walter, S. des Fabrikarbeiters Friedrich Thie, 4 J. Otto, S. des Barbierherren Richard Freitag, 1 J.

Endenburg, 8. Januar.
Eheschließung: Buchdruck-Maschinenmeister Ernst Fender mit Witwe Emma Koenig geb. Fischer.
Geburten: Hermann, S. des Arbeiters Karl Langtabel. Rudolf, S. des Arbeiters Hermann Jahn. Anna Margarete, unehelich. Otto, S. des Militärfabrikanten Otto Richter. Albert, S. des Holzners Wilh. Vesperling.
Todesfälle: Berwito. Kaffeeverwandt Anna Beer geb. Drechsler, 50 J. 2 M. 11 T. Erich, S. des Rangierers Friedrich Wagner, 11 M. 9 T. Erich, S. des Eisenrehers Gottfried Stieler, 12 J. 3 M. 15 T. Else, T. des Arbeiters Gustav Süddeemann, 1 M. 28 T.

Stassfurt.
Aufgebote: Arbeiter Hermann Gofe in Osterburg mit Ida Kausch.
Geburt: T. des Bäckermeisters Karl Mangoldt.
Todesfälle: Walter Währ, 4 J. Anna Peterzeit, 5 J. Martha Riedel, 8 M.
Dankjagung.
Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, die ihm das Geleit zur ewigen Ruhe gaben, meinen herzlichsten Dank. Besonderen Dank den Kollegen der Firma Saueracker sowie dem Verwaltungsrat der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und dem Sozialdemokratischen Verein für die herzliche Teilnahme.
1049
M.-Neustadt, den 8. Jan. 1907.
Witwe Wieleber.

Neustadt, 8. Januar.
Aufgebote: Reg.-Rath Dr. jur. Eugen Schmitt in Kassel mit Charlotte Elisabeth Schilde hier. Kaufmann Wilhelm Karl Gustav Krendt mit Emma Minna Berta Schulze.
Geburten: Kurt, S. des Rangier-Diäters Raimund Köhler. Emil, S. des Restaurateurs Paul Gille. Georg, S. des Fabrikarbeiters Franz Thom. Willi, S. des Drochschneiders Rudolf Rippold. Albert, S. des Arbeiters Karl Homann.
Todesfälle: Diähler Eugen Sommer, 57 J. 9 M. 19 T.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Magdeburg.
Nachruf.
Am Montag abend 6 Uhr verstarb plötzlich unser Mitglieb, der Eisenfeger
Eugen Sommer
im Alter von 57 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag den 11. Januar, vormittags 11 Uhr, auf dem Neustädter Friedhof statt.
Der Vorstand.

Uebersicht der Reichstagswahlen von 1871 bis 1904 im Wahlkreis Zerichow I und II.

Jahr der Wahl	Wahlberechtigte	Abgegebene Stimmen		Von den abgegebenen gültigen Stimmen erhielten											Von 100 Wahlberechtigten erhalten für den gewähl. Abgeordneten	Abgeordneter		
		gültige	ungültige	Deutsche Konservative	Deutsche Reichspartei	National-liberale	Fortschrittspartei	Deutsche Freipartei	Freisinnige Volkspartei	Sozialdemokraten	Zentrum	Antisemiten	Verschiedene	Restpartei			Von 100 Wahlberechtigten erhalten für den gewähl. Abgeordneten	
1871	25887	10062	44	4060	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23,2	b. Bonin
1874	25482	10681	19	3460	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1877	26263	13021	31	5773	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28,5	"
1878	26263	10616	16	4056	—	—	—	891	—	—	—	—	—	—	—	—	21,4	"
1879	27050	14321	41	6459	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29,0	"
1881	—	—	—	5538	—	—	—	8976	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Rittergutsbesitzer Tölte
1881	27158	14932	36	4795	—	—	—	—	7303	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1884	27585	18033	35	5668	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dr. med. Grebe
1887	28927	23992	113	11554	—	—	—	3580	—	—	—	—	—	—	—	—	—	"
1887	28927	23624	377	13499	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Sandrat Segel
1890	29697	23360	110	11182	—	—	—	94	—	—	—	—	—	—	—	—	—	"
1893	31206	23005	130	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Stadttrat Böllmer
1898	32101	21136	138	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Graf Herberl v. Bismard
1903	34013	25132	66	10430	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	"
1904	—	24407	210	14665	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Fürst Herberl v. Bismard †
1904	—	—	—	5940	—	—	—	3362	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Lehrer Werlen

1) Liberale Reichspartei. 2) 2 Kandidaten mit 3866 und 190 Stimmen. 3) Liberale. 4) Liberale Vereinigung. 5) Bild.

Cracau-Prester. Die Freisinnigen haben am Freitag den 11. Januar im „Cracauer Konzert- und Ballhaus“ eine Wähler-versammlung arrangiert, natürlich hinter verschlossenen Türen, denn jeder Wähler, welcher dieselbe besuchen soll, hat eine Einladungskarte bekommen. Die Parteigenossen, welche trotzdem die Abfahrt haben wollten, früheren Gepflogenheiten entsprechend, in die Versammlung zu gehen, fordern wir hierdurch auf, von dem Vorhaben Abstand zu nehmen, und zwar aus folgenden Gründen: In allen Versammlungen eines Kreises, in welchem unser Kandidat Wilhelm Haupt und Genosse Max Blumtritt dem Freisinnigen Merzen gegenübergetreten sind, ist ihnen nie freie Diskussion, sondern nur 10 Minuten Redezeit gewährt worden. In den letzten „liberalen Versammlungen“ sind Sozialdemokraten überhaupt gänzlich ausgeschlossen worden, wie dies bei uns in Cracau jetzt auch der Fall ist, was die Einladungskarten beweisen. Darum bleiben wir der freisinnigen Versammlung fern.

In Pary und Derben fanden letzten Sonntag zwei hart besuchte Versammlungen statt, in denen Genosse Wilhelm Haupt referierte. Mit gespannter Aufmerksamkeit lauschten die Anwesenden den Ausführungen des Referenten. Die Stimmung, welche bei den Arbeitern vorhanden war, deutete darauf hin, daß wir in beiden Orten gute Erfolge erzielen werden. Gegner waren in beiden Versammlungen selber nicht anwesend; trotzdem in Pary zwanzig schriftliche Eingaben verfaßt waren, welche sich doch niemand zum Wort. Jedoch hatte ein Arbeiter in Pary den Mut, frei und offen seine Meinung zu vertreten, indem er folgenden Reim erklingen ließ:

Lit, id will ju mal wat seggen,
Man mütt sich nich mang alles mengen,
Wang alles mengen, det is jo nicht erlaubt,
Jed segge nur det ene, id wählse Haupt!

Bravo! Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden wurden die Versammlungen mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

In Groß-Wustertwik

fand letzten Sonntag mittag eine gut besuchte konservative Versammlung statt, in der sich der Kandidat der Konservativen, des Bundes der Landwirte, der Deutschen Mittelstandsvereinigung und der Deutschen Reformpartei, Major a. D. Herr v. Wern-Barschen, den Wählern vorstellte. Einleitend bemerkte Redner, daß er die feste Überzeugung habe, daß jeder der im Saale Anwesenden wisse, wen er zu wählen habe, er glaube auch, daß er niemand überzeugen könne, konservativ zu wählen, das müßte jeder selbst wissen. Ein nettes Eingeständnis in einer Wähler-versammlung. Auf die Auflösung des deutschen Reichstags eingehend, redete er natürlich in schönen Tönen von der nationalen Ehre Deutschlands. Er redete dann weiter von den Kolonien als Abgabgebiete für Deutschland, von der Vereinfachung der Sozialgesetzgebung, und erklärte hierbei: Auch den Frauen auf dem Lande müßte die Krankenkasse zugänglich gemacht werden. Es sei schlimm, wenn eine Frau auf dem Lande erkrankt und Apotheke und Arzt selbst bezahlen müßte. Dem müsse abgeholfen werden, indem er auch Landfrauen in den Krankenkassen zugelassen würden. Also Herr Wern, konservativer Kandidat, was hat die konservative Partei getan? Sie hat es abgelehnt, daß die Landarbeiter der Krankenkassenversicherung unterstellt werden. Jetzt bei der Wahl geht man damit herum, daß den Frauen der Landarbeiter auch die Krankenkassen nützlich sein mögen, und dabei verhindert man, daß die Männer erst mal versicherungspflichtig werden. Warum? Weil sonst die Herren Junker einige Groschen für Versicherungsbeiträge zahlen müßten.

Herr v. Wern philosophierte dann weiter: Jeder Stand hat seine Wünsche, aber nicht alle können in Erfüllung gehen. Die Arbeiter hätten jetzt infolge der guten Geschäftslage lohnen den Verdienst. Dem Mittelstand müßte geholfen werden. Unter allen Umständen. Handwerk goldenen Boden, Mittelalter. Zünftig uvm. hörte man dann weiter, aber kein: Wie! kann dem Mittelstand geholfen werden. Allen Ständen müßte geholfen werden, dafür will er auch eintreten. Wie der Herr das machen will, bleibt natürlich sein Geheimnis. Er will dem Handwerker helfen, aber die Großindustrie nicht hemmen, er will dem Kleinbauer helfen, aber nicht dem Großgrundbesitzer zu nahe treten. Mit den gegenwärtigen Zöllen könne man sich zufrieden geben. Mit der Grenzsperrt hätte er sich ebenfalls einverstanden. Eine Fleischnot erzieht nach seiner Meinung nicht, sondern nur eine Fleischsteuer. Die Grenzsperrt sei, um einer Seuchengefahr entgegenzutreten, notwendig. „Meine Herren, wohin sollte es führen, wenn der deutsche Viehstall durch fremdes Vieh verpestet würde.“

b. Wern verwarnte sich alsdann gegen den Vortritt, „er würde seinen Einfluss in den Kreisvereinen geltend machen, um für sich Stimmen herauszuschlagen“, jeder könne wählen, wen er wolle, die alten Soldaten müßten, was sie zu tun hätten. Mit den Worten: „Dum auch Sie, meine Herren, am 25. Januar ihre Schuldsigkeit, und wählen Sie einen Mann, dem die nationale Ehre Deutschlands über alles geht.“ schloß er seinen sehr sachlich gehaltenen Vortrag, was man besonders im Gegensatz zu den ehrenhaften Freisinnshelden hervorheben muß.

Zu dieser Versammlung war auch der Genosse Blumtritt-Burg und Wegner erschienen. In der Diskussion meldete sich sofort Genosse Blumtritt zum Wort: Zwischen ihm und dem Vorsitzenden der Versammlung entspann sich folgender Dialog: Vorf.: Wie heißen Sie? Genosse B. nannte hierauf seinen Namen. Vorf.: Wie alt sind Sie denn? B.: Ich werde 80 Jahre, aber glauben Sie, daß ich noch nicht wahlberechtigigt bin? Vorf.: Ja, es tut mir leid — B.: Ich habe uns Wort gegeben, und ich erwarte, daß ich es erhalte. Der Referent hat erklärt, daß er jeder Partei Gerechtigkeit widerfahren lasse, also müssen Sie mir das Wort geben. Vorf.: Ja, welcher Partei gehören Sie denn an? B.: Ich bin Sozialdemokrat! Vorf.: Sie mühen doch, daß zu dieser

Versammlung nur nationale Wähler eingeladen sind! B.: Natürlich weiß ich das. Ich bin auch ein nationaler Wähler, wenn ich auch über den Begriff national etwas anderer Meinung bin, als Sie. Vorf.: Fünf Minuten Redezeit will ich Ihnen geben. B.: Was wollen Sie denn in fünf Minuten erzählen? Vorf.: Ja, sagen wir mal 5—10 Minuten, aber mehr nicht! B.: Auch das ist zu wenig, eine halbe Stunde ist das wenigste! Vorf.: Na, wir wollen schon sehen. Wer das eine sage ich Ihnen, Ihr Programm dürften Sie nicht entwickeln, Sie dürfen nur auf das vom Herrn Referenten Gesagte eingehen. B.: Machen wir! Vorf.: Herr Blumtritt-Burg hat das Wort! Genosse Blumtritt ging, sogleich es die Zeit zu leicht, unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung auf alle wichtigen Punkte ein, die der Herr von Wern gestreift hatte. Es war ihm ein leichtes, die Kolonialpolitik der konservativen Partei an den Pranger zu stellen. Auch auf die Sozialgesetzgebung, auf das von den Konservativen herausgegebene Flugblatt kam er zu sprechen und übte scharfe Kritik an demselben. Dann ging er dazu über, die Angriffe der Konservativen über das Milizgesetz unter die Lupe zu nehmen. Nachdem er 10 Minuten gesprochen hatte, entzog ihm der Vorsitzende das Wort, worüber die Versammlung nicht erbaudt war, das hörte man aus den Worten vieler heraus: Der Mann soll weiter sprechen, wenn der Referent 1 Stunde gesprochen hat, kann auch der Mann länger als 10 Minuten sprechen. Aber es half nichts, er mußte aufhören. Hierauf meldete sich Genosse Wegener zum Wort, bekam es aber nicht mehr, worauf er sich veranlaßt sah, zu bemerken: „Sehen Sie, meine Herren, ich wollte eben die Frage an den Referenten stellen, wie er sich zur Wahlrechtsfrage stellt. Man befürchtet eben, Farbe bekennen zu müssen, und darum vertweigert man mir das Wort.“ Das eine müssen wir tatsächlich feststellen, daß der Referent mit keinem Wort auf die Wahlrechtsfrage eingegangen ist. Die Arbeiter ersehen hieraus, daß die Konservativen es peinlich im Wahlkampf vermeiden, ihre offene Feindschaft zum Reichstagswahlrecht klar zu legen, nur darum, um Stimmen zu fangen. Arbeiter! Ihr seid gewarnt! Wählt sozialdemokratisch!

Nach einem kurzen Schlußwort des Herrn von Wern, worin er besuchte, die vom Gen. Blumtritt gemachten Angriffe zu unterstützen, was ihm völlig mißlang, wurde die Versammlung, bei der auch wir wieder gut abstimmen, geschlossen. In einem andern Gasthof trafen die Arbeiter in ziemlicher Anzahl noch mit den Genossen Blumtritt und Wegener zusammen und tauschten gegenseitig ihre Meinungen aus, was angesichts des Referats des Herrn v. Wern in lebhafter Weise geschah. Befriedigt können wir auch hiermit sein. Es geht eben vorwärts überall, trotz alledem!

Wanzleben.

Erziehung zur Anständigkeit.

Herrn Alfred Busch, dem Redakteur und Verleger des „Anzeigers für den Amtsgerichtsbezirk Seehausen“ im Kreise Wanzleben ist etwas Unfassbares passiert. Einstmals als Freisinnsluchter ein scharfer Gegner der „Seehäuser Warte“ und ihrer Gefolgschaft, hat sich der Mann immer mehr gemauert, so weit gemauert, daß er, als die uns so lieb gewordene Schimpfstaute das Zeilliche segnete, deren Erbe antreten konnte. Diese Erbschaft hat ihm aber auch Pflichten auferlegt. Allen voran steht hier die Pflicht, die Sozialdemokratie in allen Tonarten herunterzureißen. Dieser Pflicht getreu, ist nun unter der Aufschrift „Eingekandt“ das erste Wahlflugblatt der Sozialdemokratie im Tone der verstorbenen Schimpfstaute abgekantelt worden.

Doch die Zeiten sind vorbei, für immer vorbei, wo die Seehäuser Arbeiter sich alles bieten ließ. Das Eis ist gebrochen, mächtig strebt die junge Arbeiterbewegung nach vorwärts, dem Lichte der Aufklärung entgegen.

Das wunderherrliche Gefühl der Solidarität, des Klassenbewußtseins hat sich mit ungeheurer Gewalt Bahn gebrochen und betätigt sich nun in einer Weise, die den Arbeitern in vielen Orten als Muster dienen kann.

Der Verlag des „Anzeigers“ hielt sich in seiner Nummer 4 zu nachfolgender Publikation genötigt:

Zur gefälligen Beachtung!

Auf wiederholte Zuschriften erwidern wir, daß die Tendenz des von uns herausgegebenen Anzeigers unparteiisch ist und auch bleiben soll. Kommen — hauptsächlich vor einer Wahl — Artikel mit gegenseitigem Meinungsanschauung zur Aufnahme, so gehen diese nicht von uns aus, sondern werden uns eingekandt. Die Aufnahme sachlich gehaltener Artikel werden wir, sofern diese in den Grenzen des Raumes bleiben, von keiner Seite verweigern. Weshalb werden uns gerade Vorwürfe von gewissen Seiten über Aufnahme der eingekanteten Artikel gemacht, warum nicht andern Zeitungen und in erster Linie dem Magdeburger „Central-Anzeiger“, der doch gegenwärtig in jeder Nummer selbständige Artikel besonders gegen die Sozialdemokratie bringt? Und doch wird gerade in den Kreisen, welche uns wegen Aufnahme der betr. Artikel, welche noch dazu sachlich gehalten sind, Vorwürfe machen und in gehässiger Weise gegen uns hegen, der „Central-Anzeiger“ gehalten und empfohlen.

Der Verlag des Anzeigers.

Die Seehäuser Arbeiterschaft in ihrer großen Mehrzahl gehört noch nicht zu den Abonnenten der „Volksstimme“. Der „Anzeiger für den Amtsgerichtsbezirk Seehausen“ und der „Central-Anzeiger“ lieferte ihnen bisher die geistige Speise. Den ersten haben sie jetzt wegen seiner pöbelhaften Angriffe gegen die Sozialdemokratie hinausgeworfen. Daß bald auch der Magdeburger „Central-Anzeiger“ von keinem Arbeiter mehr abonniert wird, dafür wird die Wahlbewegung des weiteren Sorge tragen.

Das Blatt des Herrn Busch und der Magdeburger „Central-Anzeiger“ — darin hat er recht! — sind einander würdig. Deshalb, ihr Seehäuser Arbeiter, hinaus mit beiden! Werdet alle Abonnenten desjenigen Blattes, das unentwegt die Interessen der Arbeiterschaft vertritt, lest und abonniert die Magdeburger „Volksstimme“, die auch im Wahlkampf unschätzbare Dienste leistet!

Fischerleben-Halberstadt-Wernigerode.

Ein Finanzkünstler.

In Wernigerode sprach in Vertretung des Kandidaten Bartels am Sonntag Genosse Schafeld-Halberstadt über den bevorstehenden Wahlkampf. In der Debatte nahm Redakteur Boh von Wernigeroder „Intelligenzblatt“ das Wort und „widerlegte“ das Märchen von der Fleischnot. Der kleine Mittelstand empfinde jedenfalls die Fleischnotung noch viel mehr als der sozialdemokratische Arbeiter, nur mit dem Unterschied, daß er die Fleischnot nicht als Agitationssmittel benütze, sondern lediglich seinen Fleischkonsum einschränke. Die 4000 Millionen Schulden des Deutschen Reiches brachten den Arbeiter nicht zu irritieren. Gewiß sei es eine große Summe, aber immerhin nicht größer als der Betrag, den der Deutsche alljährlich für alkoholische Getränke ausbe. Wenn den Arbeiter eben wirklich die Schuldenlast des Reiches so drückte, so solle er ein Jahr lang kein Bier und Schnaps trinken, denn ersparten Betrag auf den Abor des Vaterlandes legen, und die ganze Schuldenlast sei getilgt.

Daß der Herr Redakteur mit solchen Wänschen keinen Eindruck machte, bringt er in seinem Worte selbst zum Ausdruck. Besondere Intelligenz gehört nicht dazu, das Ciend der großen Massen einfach auf den Saff zurückzuführen, wie es Herr Boh in seiner Zeitung tut.

Stendal-Osterburg.

Ein empfehlenswerter Kandidat.

Der wieder genesene Amtsrichter Simburg, der von sich sagt, er sei mehr Landwirt als Amtsrichter, ist noch mehr als das. Nämlich einer der größten Reaktionäre, die es bei uns gibt. In einer Versammlung, die er in Arneburg abhielt, stellte er nach dem „Altmarker“ folgendes Wahlprogramm auf:

Es sei zu bedauern, daß gegen die sozialdemokratischen Hezer nicht energischer vorgegangen werde. Ein sehr geeignetes Mittel sei die Deportation. Wer darauf hinarbeite, und zu vernichten, den sollte man einfach beseitigen. Das sei ein Akt der Notwehr. Leider wollen die Liberalen, einschließlich der Nationalliberalen, von einem energischen Vorgehen nichts wissen, wie z. B. die Ablehnung der Buchhaustvorlage durch ihre Mitwirkung beweist. Aber auch in **Wahlfragen** versagt der Liberalismus vollständig, wie seine Haltung fortgesetzt beweist.

Herr Simburg ist offen. Er will das Wahlrecht ändern, die Arbeiter mit Buchhaustvorlagen beglücken und die Sozialdemokraten vernichten, deportieren, der trockenen Guillotine überantworten und, wenn das zu langsam geht, wohl auch die nasse Spielart dieses angenehmen Instruments in Anwendung bringen. Auf Arbeiterstimmen in den Städten rechnet der konservative Gemeinseinsja wohl nicht, und auf dem Lande, da werden die Arbeiter ja doch für ihn an die Wahlurne getrieben, er kann also ruhig sagen, was er denkt.

Simburgs Agitation.

Am Sonntag den 6. Januar fand im Lokale zum Schützenhaus in Osterburg eine konservative Versammlung statt, zu der sich auch eine Anzahl unserer Genossen eingefunden hatte. Der konservative Kandidat, Herr Simburg, hielt eine Rede, worin er konterbaiten Rednern immer gehalten werden. Die Reichstagsauflösung sei notwendig gewesen, um das schwarze Nebenregiment zu beseitigen. Herr Erzberger sei mit seinen Ent-

Salzwedel-Gardelegen.

Der Präsident des Klageparlaments als Schimpfviertel.

Das am Dienstag wieder eröffnete preussische Dreiklassenparlament liebt bekanntlich guten Ruf und seine Sitten so sehr, daß es drei sozialdemokratische Redakteure wegen Verletzung des guten Rufes für vierzehn Monate einsperren ließ. Neue Strafanträge gegen sozialdemokratische Redakteure in Düsseldorf und Magdeburg liegen vor. Nun hat der Präsident des zwar „angeheulenen“, aber doch wehleidigsten Parlaments der Welt, Herr Jordan v. Kröcher, als Reichstagskandidat im Kreise Salzwedel eine Rede gehalten, an der man studieren kann, was der gute Ton des preussischen Abgeordnetenhauses ist. Die Wasser dieses Jordan fließen trübe. Herr Kröcher redete in Weserlingen und Döbischfelde. Der ersten Versammlung wohnte solch ein „infamigter Sozi“ bei, dem wir folgenden Bericht verdanken, der die markantesten Stellen der Kraftleistung des starken Mannes wiedergibt.

Also: Zunächst schimpfte von Kröcher weidlich über die Nationalliberalen, die ihm in dem Justizrat Böder von Magdeburg einen Gegenkandidaten gegenüberstellten. Der Klagegesang über dies ruchlose Verhalten nahm zwei Drittel des Vortrags in Anspruch, so daß der starke Mann gar keine Zeit mehr gewann, auf die Sozialdemokratie einzugehen, trotzdem er derselben fürchterliche Abrechnung verheizen hatte. Im Tränge der Rede hatte es der Herr auch vergessen, auf die Reichstagsauflösung und die Kolonialpolitik einzugehen, doch was schadet dies nach Meinung des Herrn v. Kröcher, versehen außerdem Generalstabes doch keine andere Erblichen etwas von diesem Krimskrans. Das schwarz-rote Kartell bezeichnet der starke Mann als „unfamigtes Jesuitengefindel“, ein Ausdruck zu dem ihm der gute alte Döbisch Bräutigam verfallen mußte. Die Zenträmmer seien so gut wie die Sozis reine Demokaten, die bloß alles drunter und drüber wurschteln wollten. Gegen diese „Bande“ sei doch der Kampf gerichtet, und da kommen nun die Liberalen und stellen ihm, dem großen Manne, der in dem Kreise anständig, einen ausgeprochenen „Magdeburger“ gegenüber.

Er erzählt nun, wo überall die Konservativen den Liberalen helfen, und beklagt die Tatsache, daß trotz alledem die Liberalen einen Einbruch in „alten“ konservativen Besitzstand machen. Der Zorn der Liberalen läme daher, weil man den großen Häuptling Wassermann in Frankfurt a. O. abgehoben und einen Freikonservativen hineingeschoben habe. Man hätte aber doch in lebenswichtiger Art dem Wassermann einen andern Kreis, ja sogar mehrere, zur Auswahl angeboten? Wer hätte dann den Erfolg von dieser Sonderkandidatur: „Nur die verwünschten Roten, diese infamige Bande.“ Man solle nicht siegesgewiß sein, im Jahre 1912 könne uns der Rote überrennen. Und bei einer Stichwahl zwischen Konservativen und Liberalen würden die Roten eher noch einen „wajschlappigen Liberalen“ wählen als einen Erzjuncker, wie er einer sei! Der Mann hat sonderbare Ansichten von der Sozialdemokratie, es sei ihm aber verraten, daß die „infamigen Sozis“ noch lieber den Erzjuncker im Parlament sehen, als den wajschlappigen Liberalen, denn der erstere agitiert weit besser für sie.

Nun kam aber was ganz besonders Interessantes, was uns einen Blick hinter die Kulissen der Regierungsmaschinerie ermöglichte. Herr von Kröcher meint, daß er doch besser die Interessen des Kreises vertreten könne als ein „Magdeburger Liberaler“, der doch nur Magdeburger Interessen habe. Und dann sei er doch Präsident des Abgeordnetenhauses, in dieser Eigenschaft könne er schon mal einen Minister ärgern, wenn der gerade eine eilige Vorlage einbringen wollte, und er dieselbe um ein paar Tage hinausschiebe. Dann müßte ihm der Minister kommen und sich die Geizigkeit des starken Mannes erwerben. Dabei sei es dann leicht, die Minister für die speziellen Interessen des von ihm vertretenen Kreises geneigt zu machen, so ein kleiner Bahnbau usw. käme damit viel besser in Gang.

Herr von Kröcher hat durch diese Offenheit, in der er zeigte, wie's gemacht wird, sich zweifellos ein Verdienst erworben. Die echte Junckerdreifigkeit kam dabei zum Vorschein, die nur die Interessen der Juncker wahr, mag sonst auch alles zum Teufel gehn. So ist auch der Saß zu betreten, daß er die Wirkung der Gelege besser beurteilen könne, da dieselben ihn in sein eigen Fleisch und Blut schneiden. Gewiß, die Gelege müssen nach Ansicht der konservativen Juncker immer so gemacht sein, daß dieselben ausschließlich das arme Volk belasten, und den Junkern möglichst die Taschen füllen.

v. Kröcher meinte dann noch, es sei einfach geschmacklos, ihn, den großen Herrn, unter Umständen gar in die Stichwahl mit dem „infamigen Sozi“ zu drängen. In solcher Stichwahl wären die Liberalen doch hoffentlich nicht so gottverlassen, um für den Sozi zu stimmen. Mit Bezug auf die liberale Kandidatur meinte er, wenn der Gedanke nicht so verwünscht geistig sei, wäre er herzlich dumm zu nennen. Und was käme aus der ganzen Sonderkandidatur heraus. Sicher eine Stichwahl für was aber die alte Wählerlei, es sei doch viel schöner bei Muttern zu sitzen, als in Versammlungen zu gehen und dann noch seinen Stimmzettel abzugeben. Das wäre doch eine Schanderei mit der alten Wahlschichte.

Merkt es euch, Wähler, so schämt der konervative Juncker das heiligste Recht des Volkes, daraus könnt ihr sehen, wie gefährdet das Rechtswahlrecht in solchen Händen ist.

Mit Bezug auf den Schutzoll meinte der Herr, Gaude Wandel blühe durch denselben und die Lebenshaltung aller gehoben. Als er liberale Politiker fragte, ob denn zu Parteifreiheit der Geschäftsgang ein besserer gewesen sei, und die Haltung besser gewesen sei, da hätten die Herren nicht antworten können, sie hätten einfach „ah bah“ (der Redner ahnte die des Dohsen nach) dagestanden. Die indirekte Steuer das Volk überhaupt nicht, man kann sich aber Maul fuffelig reden, glauben tun sie einem nichts“. Er wünscht anstatt der Tabaksteuer das Tabakmonopoli, die Grenze nicht billiger, sondern bald noch teurer, wenn alles die Grenze gelassen würde. Die soziale Gesetzgebung bedrücke kleinen Bauern und Handwerker zu sehr. Dabei machte der Mann folgenden „Witz“: „Der Stendaler Gewerbeinspektor soll ein altes Ehepaar getrennte Aborte in einem Betriebe, sie allein beschäftigt waren, verlangt haben, aber in der Nacht die sie zusammen in einem Bette schlafen.“ Von den Freisinnigen in der Herr, sie schreiben ganz fulminante Artikel gegen die rote die „Sparaganes“ Richter sei das wertvollste Kampfmittel gegen die Roten. Aber in der Praxis vertragen die Freisinnigen stets. Handschlag müßte sein, aber die Gesetzgebung der letzten sei nur für das Großkapital gewesen. Der starke Mann schwieg, daß dies in verstärktem Maße für die Juncker zu die Fortbildungsschule liegt dem Herrn auch sehr im Magen, würde gar nichts bezweckt. Gestern hat sich Kröcher aber, daß mit einem kräftigen Tieftritt die ganze Bande zum Neutag hinausgeschickt, als das schwarz-rote infamige Gefindel über die Kriegspolitik in Wildwest zu urteilen und in Sachen der Kriegführung hineinsprechen wollte.

Daß nach diesen Leistungen der anwesende Genosse Wiffen das Wort nicht erhielt, ist nicht verwunderlich. Aber die Wortweigerung machte doch Eindruck auf die Versammlung, die über von Arbeitern und kleinen Bauern nicht besetzt war. Es war so ziemlich wachste Reaktion.

Zum Schluß noch folgende Aeußerung Jordan v. Kröchers in Sachen der Wahlrechtsänderung treiben die Liberalen Heuchel.

Nur haben sie vorgeworfen, ich wolle das Reichstagswahlrecht abhassen; ich habe aber immer gesagt, ich hätte das Reichstagswahlrecht nicht für gut; was ich aber denke, das habe ich gesagt.

Wie man sieht, spielt Herr v. Kröcher zwei verschiedene Nebeneinander: Die des ungebildeten Hausknechts, wodurch er sich die Gunst seiner Wähler einschmeicheln zu können glaubt, und die Diplomaten, der seine letzten Gedanken nicht verraten will. Es geht ihm aber nur die erste von beiden. Er war es ja, der seinerzeit Wort vom „dummen aber starken Mann“ geprägt hat, der bei diesen beiden Eigenschaften, die nach seiner Meinung den preussischen Staatsmann machen, hat er! Wie werden die Wähler am 25. Juni über diesen Kandidaten entscheiden? —

Briefkasten.

Zum Wahlfonds gingen ein: Wahlkreis Wanzleben Groß-Otterleben: Zimmerer-Verband, Filiale Groß-Otterleben 50, Werte von P. Niemann und B. Schöpf 1.—; D. L. 1.—; Fünf W. Schützen 1.50. Salzte-Werkschützen: Bezirk 130.—, Unseburg: L. 15,10; L. 304 15,55. Osterwiddingen: Zentralverband der Mann. Bezirk Osterwiddingen-Weypendorf 25.—, Diesdorf: Bezirk 100, Hohenbodelsen: L. 140 1,25; L. 139 5,10; L. 138 3,70; L. 136 2, L. 137 1.—; L. 135 12,90; L. 134 11.—; L. 133 2,80; L. 132 3, Extrakt zum Silbestervergütigen der Gewerkschaften 13.—; Extrakt beim Neujahrsvergütigen des Musikvereins „Hoffnung“ Groß-Otterleben 3,25; Ueberchuß vom Silbestervergütigen der Gewerkschaften 18, Fr. Klotzsch

Magdeburg: Gärtner 10,00; Gärtner gesammelt 4,0, Armaturenfabrik L. 720 10,60; L. 403 11,10; Konditoren L. 612 4, Kellner L. 653 3,65; L. 426 2,55; Schmiede L. 643 6,00; L. 6, 6,00; Extrakt in der „Krone“ am 6. Januar 6,50; L. Kramer, Neustadt, 10,00; Bäcker L. 617 10,15; nicht getrunkenes Bier Partebureau 0,50; Biste 433 8,75; L. 444 3,00; L. 410 12,0, Sudenburg, „Rote Quaste“ 211,50; die Angestellten im neuen rot heim L. 376 35,50; Friedel Finte, zweite Rate 25,00; L. 66 11, L. 506 4,00; L. 505 4,50; L. 512 5,20; L. 99 10,05; L. 67 7,0, L. 83 5,00; L. 73 9,55; Gutmacher L. 643 3,00; Ueberchuß u. Silbestervergütigen der Metallarbeiter in der „Krone“ 26,15; Silbesterfeier bei H. Wolter 2,25; Silbesterfeier Neustadt N. Hermann 4,3, Extrakt im „Chorum“ 15,41; Geburtstagsfeier in der „Thalia“ 1,1, D. Sch. 1,00; L. 5 5,65; L. 12 17,75; L. 246 11,80; L. 255 19,1, Buchdrucker L. 656 22,35; L. 852 7,40; (L. 658 26,35 „Vollstimme“ L. 11 10,00; L. 15 5,70; L. 29 9,75; L. 251 9,30.

S. Giesede.

hüllungen glänzend hineingefallen, wie die schwebenden Prozesse ergeben würden. Mit Herrn Dernburg habe die Regierung einen glücklichen Griff getan. Bis jetzt seien alle Minister Konser- vativ geworden, ergo müsse es auch Herr Dernburg werden. Die Kolonien hätten eine große Zukunft. Allerdings koste jeder Soldat in Südwesafrika 10000 Mark pro Jahr. Dieses sei aber notwendig. Gott möge geben, daß das rote und schwarze Gespenst zurückgedrängt werde. Für die sozialdemokratischen Heizer empfiehlte es sich, sie nach Südwesafrika zu verbannen. Mit der kaiserlichen Postfach habe man gar nichts erreicht, die Arbeiter seien dadurch nur noch begehrlischer geworden. Daran seien allerdings nur die Heizer schuld, der Arbeiter an sich sei zufrieden. Dieses könne auch nicht anders sein, da für diese in den letzten Jahren ungeheuerlich viel getan worden sei. Im allgemeinen wäre die Lage der deutschen Arbeiterschaft besser als die des Mittelstandes und der Beamten. In manchen Gegenden seien die Löhne bis zu 50 Proz. gestiegen. Dieses hätten sogar sozialdemokratische Schriftsteller und Vertreter im Parlament zugeben müssen. Die vom Parlament bewilligten neuen Steuern reichten auf die Dauer noch nicht aus. Zunächst müsse man Kohlen und Kali noch besparen. Dem Mittelstand müsse geholfen werden. Es gelte, den Kampf zu führen gegen Warenhäuser und Konsumvereine.

Dieser Kampf könne ein nationalliberaler Vertreter nicht mit Erfolg führen. Die Nationalliberalen sind die Verteidiger des Großkapitals, ein einzelner Abgeordneter könne dagegen nichts tun. Dieser müsse sich den Ansichten und Anschauungen seiner Fraktion fügen.

Es sprach dann ein Mittelständler (Malermeister). Dieser kleine Gernegroß empfahl die Wahl des Herrn Homburg. Von den anwesenden Sozialdemokraten nahm der Vertrauensmann des Kreises Stendal-Osterburg, Genosse Brage aus Stendal, und noch einige andere Genossen das Wort. Sie fragten den Herrn Homburg, wie er über das Koalitionsrecht der Landarbeiter usw. denke. Herr Homburg stellte darauf die bereits bis zum Erbreechen widerlegten Behauptungen auf, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament gegen alle Gesetze, die zum Wohle der Arbeiter würden sollten, gesündigt hätten. Trotzdem auch in dieser Versammlung dem alten Schwindel widerprochen wurde, blieb Herr Homburg bei seinen Behauptungen.

Nur schade, daß uns in Osterburg keine Lokalitäten zur Abhaltung von Wählerversammlungen zur Verfügung stehen. Es würde dann möglich sein, die Behauptungen des Herrn Homburg gründlich zu widerlegen, was in der Mittnacht noch ganz besonders not tut.

Freunden eines Flugblattverteilers.

Kommt da am 31. Dezember ein Genosse nach Hohenberg bei Goldbeck, um den dortigen Bewohnern eine Neujahrsgratulation in Form eines Wahlflugblattes zu überbringen. Frohen Mutes und sich der Wichtigkeit seiner Aufgabe wohl bewußt, ging er an die Arbeit. Unter anderem ging er auch in die Gastwirtschaft der Witwe Schröder, in der sich in einem Nebenzimmer auch die Posthalterei befindet, und legte ein Flugblatt auf den Tisch des Hauses nieder. Kaum hatte sich der Genosse entfernt, um in das nächste Haus zu gehen, wurde ein Fenster im Schröder'schen Hause geöffnet und der Herr Posthalter, Sohn der Witwe Schröder, lärmte hinter unserm Genossen her: „Du Dödel, du Sozialdemokrat!“ Unser Genosse, sich an den müßten Lärm nicht kehrend, verriechte seine Arbeit ruhig weiter. Herr Schröder lief hinter dem Genossen her und stellte ihn zur Rede, wie er dazu komme, in Hohenberg Flugblätter zu bereiten. Auf die Bemerkung, daß dieses sein berufliches Recht sei, erklärte der Vaterlandsretter: „Sozialdemokraten haben überhaupt kein Recht.“

Es sollte aber noch besser kommen. Unser Genosse wurde in die Stube gezerrt, deren Tür die Bezeichnung trug: „Verbotener Eingang.“ Hocherfreut über seinen Fang, rief Herr Schröder den in der Stube Anwesenden zu: „Nest habe ich ihn!“ Darauf wurde unser Genosse auf einen Stuhl, und dann auf einen Tisch gestellt, und von ihm verlangt, er solle eine Rede halten. Als unser Genosse beteuerte, keine Rede halten zu können, da er wohl Sozialdemokrat, aber kein Redner sei, holte Herr Schröder drei dicke eichene Stöcke aus einer Ecke und gab davon zwei an die übrigen Herren an, den einen behielt er. Zur Dreiferei kam es aber nicht, da sich Herr Schröder inzwischen wohl sein freibehaftes Betragen überlegt haben mochte. Um aber sein Mühen zu fühlen, rief er unserm Genossen etwa 20 Flugblätter aus der Tasche und zerstreute sie in der Stube. Auch die übrigen, die der Genosse, um sie vor Schaden zu bewahren, eingewickelt hatte, wollte er ihm noch abnehmen. Dieses ließ er sich jedoch nicht gefallen, sondern verprügelte, aus dieser unangenehmen Situation zu entkommen, was ihm denn auch gelang.

Bei der nächsten Flugblattverteilung, die am 13. Januar stattfindet, wird dem Herrn Posthalter vorausichtlich die erwünschte „Rehlerde“ gehalten werden. Was der Mensch braucht, muß er haben.

Lange & Münzer.

In unserm

Inventur-Räumungs-Verkauf

50000

Meter

Stickereien

und Spitzen

darunter große Posten Valencienn-Einsätze



bis zur Hälfte des Preises.



meidliche Reorganisation des Gewerkschaftsbundes, der damals noch auf ziemlich schwachen Füßen stand, war das Werk des Genossen Merz.

Die in Zürich eingeführte städtische Arbeitslosenfürsorge beruht auf den von Merz geschaffenen Grundlagen.

Sein Geschick und seine Vorherrschaft bewies er auch bei der Organisation des internationalen Sozialistenkongresses in Zürich und später wiederum beim internationalen Arbeiterkongress, deren Durchführung beinahe ausschließlich eine Meisterleistung war.

Aber auch die deutschen Genossen sind ihm zu Dank verpflichtet. Als nämlich im Jahre 1888 der schweizerische Bundesrat Wien machte, den deutschen Sozialisten auf den Leib zu rücken, da war es neben andern auch der Verstorbenen, der als Schweizer in den Landesauschuss der deutschen Sozialisten eintrat, um die geplante Auflösung zu vereiteln.

Leider war der Dahingegangene seit fast zwei Jahrzehnten mit einem schleichenden Lungenleiden behaftet, dem er nun schließlich zum Opfer fiel.

Sozialdemokraten sind rechtlos. Der Genosse Hemmer in Hoptingen (Elsass) hatte mit einem Wirt in Hoptingen vereinbart, daß dieser ihm seinen Saal zur Abhaltung einer Bergarbeiterversammlung überlassen solle. Für den Fall der Verweigerung des Saales verpflichtete sich der Wirt zur Zahlung einer Buße von 50 Mark. Bis zum Tage der Versammlung hatten sich aber die bekannten Einflüsse geltend gemacht und der Saalinhaber trat nicht nur vom Vertrag zurück, sondern lehnte auch die Zahlung der Entschädigungssumme ab. Vor Gericht zitierte er, nicht gewußt zu haben, daß es sich um eine sozialdemokratische Versammlung gehandelt habe. Trotzdem der Kläger den Nachweis führte, daß nur rein gewerkschaftliche Fragen auf der Tagesordnung standen, glaubte das Gericht den beiden Zeugen, von denen der eine bezeichnenderweise ein Bergwerksdirektor war, und wies den Genossen Hemmer ab. Der Beklagte habe sich bei Eingehung des Vertrags in einem Irrtum befunden und deshalb sei der Vertrag ungültig. Das höchste aber an dem Urteil ist ein Satz in der Begründung:

„Wenn nun auch Wirten, die dergleichen Versammlungen ihre Lokale zur Verfügung stellen, nicht ohne weiteres die Wirtschaftsjurisdiction entzogen werden kann, so laufen diese Wirte doch leicht Gefahr, in den Verdacht zu kommen, selbst sozialdemokratisch gesinnt zu sein; des ferneren haben sie, was weiterer Ausführungen nicht bedarf, eventuell zu befürchten, daß ihnen seitens der Polizei, seitens sonstiger Behörden, seitens des Militärs, seitens der Geistlichkeit, seitens der Fabrik- und Bergwerksverwaltungen usw. allerhand Schwierigkeiten bereitet werden und daß ein vielleicht ziemlich erheblicher Teil ihrer Kundschaft entweder freiwillig, um sich ihrerseits keine Unannehmlichkeiten zuzuziehen, ihre Wirtschaft meiden oder den Nachtbesuch derselben nahezu oder ihren Besuch sogar direkt verboten erhält.“

Das Gericht hält es also für selbstverständlich, daß Wirten mit wirtschaftlichen Nachteilen gedroht wird, wenn sie ihre Lokale zu sozialdemokratischen Versammlungen hergeben. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

ac. Menschenjagd in Ungarn. Die serbische Regierung hat den sozialistischen Agitator Jovan Velicstobics mit 50 seiner Genossen aus Belgrad ausgewiesen. Man nimmt nun an, daß diese nach Ungarn überflüchten wollen. Die serbische und die ungarische Polizei haben deswegen Wachenposten aufgestellt, um die Ausgewiesenen weiter zu jagen. — Wenn die ihres Prinzips wegen verfolgten Serben bei irgend einem afrikanischen Negerkönigreich Zuflucht gesucht hätten, sie wären höher geborgen gewesen.

Gewerkschaftsbewegung.

g. Ein schwörender Scharfmacher. Beim vorjährigen Arbeiterstreik in Nürnberg betätigte sich der Unternehmer Burger als einer der wütendsten Scharfmacher. Während des Streiks trieb er sich fortgesetzt an den Orten herum, wo sich Streikende befanden, um sie zu provozieren und dann die Polizei auf sie zu hetzen. Eines Tages befand er sich auch unter einer Ansammlung von Streikenden vor einem Neubau. Bei dieser Gelegenheit sollte der Leiter der Bauhilfsarbeiterorganisation Rothmund mit Burger gerufen haben: „Da ist der Lump, schlägt ihn nieder!“ Burger beschwor diese Angabe vor Gericht und Rothmund wurde zu 7 Tagen Gefängnis verurteilt. In der Berufungsverhandlung vor der Strafkammer beschwor er abermals ganz bestimmt, daß Rothmund den Ruf ausgesprochen habe, um die Arbeiter zu Unruhen aufzustacheln, aber eine ganze Reihe von Zeugen mußte bekunden, daß die Aussage des Scharfmachers unwahr ist. Rothmund kam nur zufällig an den Platz; er war auf dem Wege nach dem Bahnhof, um sich von dem abreisenden Zentralvorstand zu verabschieden. Er machte nur einen Begleiter auf Burger aufmerksam mit den Worten, das sei der Burger vom Arbeiterverband. Das Gericht mußte auf Freisprechung erkennen. Ob nun gegen den so leichtsinnig schwörenden Scharfmacher wegen Meineids vorgegangen wird? —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 9. Januar 1907.

Im Zeichen der Wahlen!

Eine gute Vorbedeutung für einen glänzenden Sieg der Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl in Magdeburg ist die stetige Zunahme der Abonnenten der „Volksstimme“. Seit dem Beginn der Wahlbewegung hat die „Volksstimme“ rund 1500 neue Abonnenten gewonnen, womit die Abonnentenzahl auf über 21000 gestiegen ist.

Das ist natürlich noch lange nicht die Grenze des Erreichbaren. Vielmehr sind noch viele Tausende als Leser und Abonnenten der „Volksstimme“ zu gewinnen. So mancher Arbeiter liest heute noch die bürgerliche Presse, die ihm Schwindelnachrichten vorsetzt und ihm durch Versicherungsschwindel das Geld aus der Tasche zu locken versucht, die immer das Interesse der Unternehmer vertritt und niemals das der Arbeiter, die für Arbeiter nur Worte der Verachtung und Beschimpfung übrig hat und sich Verleumdungen über Verleumdungen der Arbeitererschaft aus den Fingern saugt. Es ist bedauerlich, daß noch so viele Arbeiter solche Blätter lesen und damit ihre eignen Interessen mit Füßen treten.

Parteigenossen! Die Reichstagswahlbewegung schlägt ihre Wellen bis in die indifferentesten Kreise. Da muß jede Gelegenheit benützt werden, nicht nur um neue Wähler für unsere Kandidaten, sondern auch um neue Leser und Abonnenten für das Arbeiterblatt, für unsere „Volksstimme“ zu werden. Parteigenossen! Einer muß den andern in der Agitation zu übertreffen suchen! 1500 neue Leser sind noch lange nicht genug! Bis zum Wahltage muß diese Zahl verdoppelt, verdreifacht, nein vervielfacht werden! Arbeitet und agitiert! —

Eine neue Schwindel.

Geschäftige Leute suchen gegenwärtig in Arbeiterkreisen Abonnenten zu sammeln für eine Zeitung, die sich „Das deutsche Blatt, unabhängiger Berliner Beobachter und Anzeiger“ nennt und in Berlin, Königgräber Straße 41/42, erscheint. Ein Leser unseres Blattes, der darauf verwies, daß er bereits Abonnent der „Volksstimme“ sei, erhielt von dem Herrn Abonnentenjäger die Antwort, daß seine Zeitung „genau dasselbe wie die „Volksstimme“ sei, sogar noch schärfer als diese schreibe (!), im Monat nur 30 Pfennig koste und außerdem Versicherung gegen Unfall gewähre.“ Mehr kann man wirklich nicht gut verlangen! Unsere Freunde werden gut tun, solchen Werben die Tür zu weisen. Sie beschäftigen weiter nichts, als einen Raubzug auf die Taschen der Leute, die sie sich als Opfer ausgesucht haben. —

Alle schreibgewandten Genossen werden dringend ersucht, sich unverzüglich dem Wahlkomitee zu Schreibarbeiten zur Verfügung zu stellen. Von morgens 9 Uhr bis abends 10 Uhr kann sich jeder und wenn er auch nur auf eine oder wenige Stunden abkommen kann, in den Dienst der Sache stellen. Die Genossen werden gebeten, sich im Wahlbureau im „Sachsenhof“, Große Storchstraße 7, einzufinden. —

Ein echter Innungsmeisterstreik, der sich zu Weihnachten ereignete, gelangt erst jetzt zu unserer Kenntnis. In manchen Orten besteht im Barbierberuf der gewöhnliche Geschäftsfluß für die zweiten Feiertage der drei hohen Feste. In Magdeburg, wo dieser Geschäftsfluß nicht gefehlt ist, hatte die Barbierinnung den Beschluß gefaßt, freiwillig an diesen Tagen zu schließen. Am zweiten Pfingstfeiertag des verflohenen Jahres haben auch mit Ausnahme weniger Außenleiter die Mitglieder der Innung ihre Geschäfte geschlossen. Zum Weihnachtstfest erließ nun der Vorstand der Innung eine Bekanntmachung, daß die Barbiergehäfte am zweiten Weihnachtstfeiertag geschlossen seien. Und nun kommt der grandiose Streik! Die Mitglieder des feierten Vorstandes, der diese Bekanntmachung erließ, haben am zweiten Weihnachtstag — selber ihre Geschäfte offen gehalten! Der Obermeister Michaelis, Goldschmiedebesitzer, der zweite Vorsitzende Dresse, Kaiserstraße, der Schriftführer Trinne, Breitenweg, der Kassierer Beckling, Kaiserstraße, und der Meister Schöff, Himmelreichstraße, haben sich über ihre eigne Bekanntmachung hinweggesetzt, haben den Beschluß der Korporation, deren Vorstand sie sind, unbeachtet gelassen und ihn glatt übertreten! Damit hat sich dieser Vorstand nicht nur lächerlich gemacht, sondern er hat sich auch einer groben Pflichtvernachlässigung schuldig gemacht. Denn der Vorstand einer Korporation hat in erster Linie die Pflicht, deren Beschlüsse genau zu befolgen.

In den Arbeitervorständen Sudenburg, Budau, Neue Neustadt und Alte Neustadt waren alle Geschäfte geschlossen, ein Beweis, daß die Arbeiter dessen eingedenk waren, daß auch den Barbieren — den Gehilfen sowohl als auch den Meistern — einmal ein Feiertag zu geben ist. Nur in der alten Neustadt hatte der Barbier Ferschland, Sieberstorstraße, geöffnet. In der Altstadt waren reichlich fünfzig Geschäftsinhaber zu verzeichnen, die sich nicht an den Beschluß der Innung gehalten hatten, und gleich ihrem Vorstand durch ihr Verhalten sich selbst über den Dösel zu Barbieren suchten. —

Magdeburg im preussischen Etat. Der preussische Etat, der gegenwärtig im Abgeordnetenhaus zur Beratung steht, sieht auch verschiedene Ausgaben für Magdeburg vor. Neben kleineren Forderungen seien erwähnt: Die Kosten für die Errichtung der Stellen eines Polizeimeisters und 10 Schutzleute, für den Bau eines Amtsgebäudes für die Wasserbau-Inspektion, 18 600 Mark, als 2. Rate zur Herstellung eines verstärkten Ueberbaues der Eisenbahnbrücke über die Elbe 150 000 Mark und 400 000 Mark für den Bau eines Bahnhofsgebäudes auf dem Bahnhof Sudenburg. —

Drei schulfreie Tage hintereinander haben in diesem Monat die Schulpflichtigen. Der 27., der Geburtstag des Kaisers, ist ein Sonntag, weshalb die Schulfreier am 26. abgehalten werden sollen. Zu diesen beiden schulfreien Tagen tritt nun noch der 25. Januar, an dem wegen der an diesem Tage stattfindenden Reichstagswahl ebenfalls der Schulunterricht ruht. —

— Von der Elbe. Aus Dresden wird gemeldet, daß dort am Dienstag auf der Elbe starker Eisgang herrschte. Man beschloß, Eis zu wasser. —

— Von der Feuerwehre. Der dritte Abschlag wurde Dienstag abend 7 Uhr nach Ottenbergstraße 21 gerufen, um die in der zweiten Etage entzündete Feuergefahr zu beseitigen. Kinder hatten beim Spielen die Tischlampe heruntergerissen, wodurch das darin befindliche Petroleum in Brand geraten war. — Die Krankenwagen wurden am Montag siebenmal in Anspruch genommen. —

— Selbstmord. Mittwoch vormittag 10 Uhr erschoss sich bei der Eisenbahn-Überführung an der Steinmühlstraße und Königstraße eine männliche Person, deren Name bis jetzt noch nicht festgestellt werden konnte. Die Leiche wurde dem allstädtischen Krankenhaus zugeführt. —

— Im Zirkustheater ist es noch nicht möglich, die Premiere von „Salome“ Donnerstag stattfinden zu lassen; es muß deshalb nochmals das Sensationsstück „Die Mädchenverführer“ zur Aufführung gebracht werden. „Salome“ kommt Freitag ganz bestimmt zur erstmaligen Aufführung. — Am Sonnabend nachmittag wird „Der Rattenfänger von Hameln“ aufgeführt zu den bekannten Preisen. —

Letzte Nachrichten.

Die russische Revolution.

Hd. Petersburg, 9. Januar. (Eig. Drahtb. d. „Volksstimme“.) Der Oberprokurator des Heiligen Synods, der General Pawlow, wurde heute vormittag durch Revolvergeschosse getötet. —

* Warijan, 9. Januar. In der Jerusalemer Allee haben Unbekannte zwei Geheimpolitisten erschossen. Eine hinführende Patronille gab, nachdem die Täter entkommen, mehrere Schüsse ab, durch die ein Passant schwer verwundet wurde. —

Hd. Lodz, 9. Januar. Bewaffnete Überfälle auf der Straße mehrere promonitierende Offiziere, von denen einige getötet wurden. —

Hd. Bochum, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Die am Sonntag stattgefundene Konferenz von Vertrauensleuten aller Bergarbeiter-Verbände im Ruhrgebiet beschloß, nach den Reichstagswahlen den Ortsverbänden abzumachen die bekannten Forderungen zu unterbreiten. Bei Nichtbewilligung behielten sich die Verbände die Entscheidung über weitere Maßnahmen vor. —

Hd. Posen, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Der Rassenführer Burgeß der Spar- und Kreditgenossenschaft in Grabow, Kreis Schildberg, hat sich nach Unterlagung von 23 000 Mark dem Staatsanwalt gestellt. —

Hd. Eisenach, 9. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Volksstimme“.) In einem Zuge der Thüringer Lokalbahn Korbach—Norsdorf zertrümmerten jugendliche Personen die Waggonsfenster, zerstörten die Bänke und warfen einen Reisenden aus dem fahrenden Zuge, wobei er schwere Verletzungen erlitt. Da sich diese Angriffe auf die Abendzüge wiederholten, wurde Gendarmerie zur Bedeckung der Züge herangezogen. —

* Leipzig, 9. Januar. Die Polizei beschlagnahmte bei hiesigen Leitern der anarchistischen Bewegung Druckschriften und Zeitungen wegen Verächtlichmachung von Staatsanrichtungen und „Beleidigung des Richterstandes“. —

Hd. Budapest, 9. Januar. Nach hier aus Belgrad eingegangenen Privatmeldungen hat gestern in Bukarest ein blutiger Zusammenstoß zwischen streikenden Eisenbahnern und Militär stattgefunden. Auf das Gebände der dortigen serbischen Gefangenschaft wurde mit Steinen geworfen und die serbische Fahne soll herabgerissen und verbrannt worden sein. —

Hd. Budapest, 9. Januar. Die Beamten der Postsparkasse übten in den letzten Tagen die passive Resistenz aus, welche sie erst nach Zuficherung der Bezahlung der Ueberstunden einstellten. —

Hd. Paris, 9. Januar. Nach Meldungen aus Teheran ist der Schah von Persien gestern abend verstorben. Die Vertreter der Mächte wurden im Laufe des Abends von dem Tode benachrichtigt. Der Bestatterung wird das Ableben des Schahs erst heute früh bekannt gegeben. —

Hd. Saloniki, 9. Januar. Bei Karlowatze (Bez. Kumanowo) töteten Türken fünf bulgarische Bauern. Militär verfolgte die Türken, welche Widerstand leisteten. Erst als man zwei von ihnen erschossen hatte, entfloß der Rest. —

Hd. London, 9. Januar. Auf dem Robinsonwerk erfolgte gestern, während Versuche mit einer hydraulischen Presse gemacht wurden, eine Explosion, durch welche ein Ingenieur und ein Werkmeister getötet und mehrere Arbeiter schwer verwundet wurden. —

* Konstantinopel, 9. Januar. Infolge des Eisenbahnerstreiks in Bulgarien treffen hier die Züge mit großer Verspätung ein. Das Reisen in Bulgarien ist äußerst un bequem, langsam und gefahrvoll, da die Züge von nichtausgebildeten Militär geführt werden. —

Briefkasten.

H. Sch., Abbenrode. Leider können Sie zur Kostenzahlung gezwungen werden und die Kosten aus Ihrem Besitz gezogen werden. Beantragen Sie schriftlich Niedererschlagung der Kosten unter Hinweis auf Ihre Verhältnisse. Ob dies genehmigt wird, ist aber sehr unwahrscheinlich, bezahlen werden Sie wohl doch müssen. —

Parteibeiträge. Durch H. R., Seite 1 35,50. Vereinsbeiträge 466,50. Zur Unterstützung der Genossen Rußlands bei den Duma-wahlen gingen ein: Seite 60 2,25, 62 11,00, 67 4,50, 68 5,50, 77 11,00, 79 3,30, 80 7,25, 81 12,80, 82 3,00, 84 2,00, 88 0,50, 151 30,10, 196 5,40. S. Giejsede.

H. Esders & Co.

Breiteweg 45-47

Inventur - Ausverkauf

bis 20. Januar.

Roßschlächtere - Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich **Roßschlächtere** an der Seumitzstraße 3, früher Leopoldstraße, eine

Roßschlächtere

mit elektrischem Betriebe und bitte um geneigten Zuspruch, indem ich für prima Fleisch- und Wurstwaren fleißig Sorge tragen werde.

Heute Donnerstag frisch geschlachtet.

Leopold Lepsien, Roßschlächter.

Gesucht ein tüchtiger **Wärter** oder **Wärterin** bei gutem Lohn oder Akkord; aber nur solche, welche hauptsächlich gut gehen können, wollen sich melden bei **Karl Beck, Eidenburg, Salzbrüderstraße 118.**

Benneddenbeck.

Wohnung, bestehend aus Stube, Kammer, Küche und Zubehör, zum 1. April d. J. zu vermieten.

C. Neuberg.

Suche zu Diensten einen Lehrling.

Burg-Reinhold Wolf

Bäckerei
Blumenthalstr. 41.

Ich taufe alle Posten **Kanarienhähne und -weibchen** für F. Wahl

Eudelstraße Nr. 1.

F. H. Oehlert.

Halberstadt. Gewerkschaftskartell.

Donnerstag den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus

Sitzung.

Tagesordnung: Vorstandswahl und Wahl der Kommissionen. Die neugewählten Delegierten sind hiermit eingeladen.

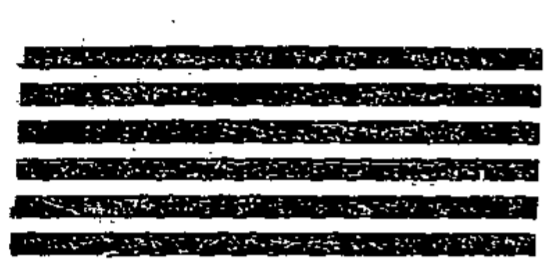
2686
Der Vorstand.

H. Lublin

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Inventur-Räumungs-Verkauf!

Donnerstag
Freitag
Sonnabend



Gardinen!



Meterware

ca. 400 Meter	Gardinen	Wert 60	Sonderpreis Meter	45
ca. 380 Meter	Gardinen	Wert 70	Sonderpreis Meter	48
ca. 800 Meter	Gardinen	Wert 80	Sonderpreis Meter	58
ca. 1000 Meter	Gardinen	Wert 95	Sonderpreis Meter	72
ca. 650 Meter	Gardinen	Wert 1.05	Sonderpreis Meter	82 1/2
ca. 400 Meter	Gardinen	Wert 1.45	Sonderpreis Meter	1.10

Abgepasst

ca. 150 Fenster	Wert 3.75	Sonderpreis	2.50
ca. 300 Fenster	Wert 5.25	Sonderpreis	4.25
ca. 180 Fenster	Wert 6.75	Sonderpreis	5.25
ca. 150 Fenster	Wert 8.25	Sonderpreis	6.25
ca. 220 Fenster	Wert 9.25	Sonderpreis	7.25
ca. 100 Fenster	Wert 10.50	Sonderpreis	8.25

Vorhänge

ca. 400 Fenster	Damassé	Sonderpreis 3.50	3.00	2.75
ca. 100 Meter	Köper	Sonderpreis Meter		37 1/2
ca. 250 Meter	Köper	Sonderpreis Meter		48
ca. 600 Meter	Köper	Sonderpreis Meter		60
ca. 800 Meter	Damassé	Sonderpreis Meter		65
ca. 650 Meter	Damassé	Sonderpreis Meter		85

Ein Posten Gardinen-Muster
ca. 1 1/2 Meter lang

15 Pf.

ca. 800 Meter Gardinen-Coupons

ca. 4 bis 10 Meter zur Hälfte des regulären Preises.

Einzelne Fenster Gardinen und Stores sehr preiswert.

Ein Posten Tüllkanten zur Hälfte des Preises
Ein Posten einzelne Tülldecken sehr billig
Point-lace - Spachtel - Tüll

Tischdecken

Bunt Phantasie	Sonderpreis Stück 5.75	4.00	3.25	2.25
Plüsch mit Borte	Sonderpreis Stück 9.25			4.00
Plüsch mit Stiderei	Sonderpreis Stück 12.00	8.50	6.00	4.50
Tuch mit Stiderei	Sonderpreis Stück 5.00	3.75	2.75	1.65
Bunt Plüsch	Sonderpreis Stück 12.00			9.75

Steppdecken

Satin mit Normal, 130/190	Sonderpreis	2.95
Satin mit Normal, 130/190, 140/200	Sonderpreis	4.35
Wollatlas mit Normal, 140/200	Sonderpreis	6.25
Satin gleichseitig, 160/210	Sonderpreis	7.25
Satin zweifarbige, 160/210	Sonderpreis	9.25

Portieren

Portieren bunt und mit Borte	Sonderpreis 6.50	3.75	1.25
Garnituren Plüsch mit Stiderei	Sonderpreis 11.50		8.50
Garnituren Plüsch mit Applikation	Sonderpreis 20.00		15.50
Garnituren Tuch mit Stiderei	Sonderpreis 6.50		4.00
Garnituren Tuch mit Applikation	Sonderpreis 16.00		12.00

Einzelne Tuch- und Plüschdecken
Ältere Muster, nur prima Qualitäten zur Hälfte des regulären Preises.

Einzelne Garnituren Tuch und Plüsch besonders billig

Ein Posten Gartentischdecken
Künstlerzeichnungen Wert 3.00 Sonderpreis Stück 1.50

Ein Posten Bettdecken über 1 und 2 Betten sehr preiswert
Engl. Tüll, Spachtel und Point-lace.

Linoleum

60 cm breit	Sonderpreis Meter	60
67 cm breit	Sonderpreis Meter	70
90 cm breit	Sonderpreis Meter	95
110 cm breit	Sonderpreis Meter	1.20
200 cm breit	Sonderpreis Quadratmeter	1.15

Teppiche

Axminster	Sonderpreis 14.00	9.00	3.75
Axminster	Sonderpreis 25.00	21.00	17.00
Plüsch prima	Sonderpreis 35.00	24.00	15.00

Ein grosser Posten Teppiche
hervorragende Qualitäten zur Hälfte des Preises.

1 Posten Point-lace- und Spachtel-Stores
Wert 7.00 30.00 Sonderpreis 21.00-4.00

Bunte Plüsch-Sofabezüge
ca. 130 cm breit Sonderpreis Mtr. 7.25 5.00 3.75

Ein Posten Linoleum-Teppiche
200,250 200/300
Sonderpreis 9.25 11.50

1 Posten Wachtuch-Reste 50 40 30 20 10 5 Pf.

Tüllkanten alle Breiten Sonderpreis Meter 30 25 10 Pf.
Tüllkanten prima Qualitäten Sonderpreis Meter 1.05 90 65 Pf.
1 Posten Tüllgedecke, alle Größen, sehr preiswert!

Abgepaßte Scheibengardinen (Bris-Bise) Sonderpreis Stück 75 60 50 40 28 Pf.